

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.
 Einzeln Nummer 5 Pfg. Sonntags-
 Nummer mit Ausnahme Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 eingetragene in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1902 unter Nr. 7878.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgepaltene Kolonnen-
 zeile oder deren Raum 40 Pfg., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochentagen
 bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Donnerstag, den 25. September 1902.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Redaktion und Expedition unseres Blattes sowie
 die Buchhandlung Vorwärts befinden sich vom
30. September ab im Hause
Vindenstraße 69.

Fleischsteuerung und Viehzölle.

In dem raschen Tempo, mit dem die Mehrheitsparteien in der
 Erkenntnis, daß es zwischen ihnen und der Regierung bei der
 zweiten Lesung der Tarifvorlage in der Zollkommission doch noch nicht
 zu einem fertigen Kompromiß kommen wird, jetzt auch über jene Zoll-
 positionen hinwegstürmen, die ihnen als Differenzpunkte gelten und des-
 halb von ihnen zur Special-Erörterung zugelassen sind, gelangte bereits
 am Dienstag und Mittwoch die Beratung bis zur Erledigung der
 Viehzölle. Von den Rednern der Opposition, den Abgeordneten Müller-
 Sagan und Stadthagen, wurde die Gelegenheit zu einem wichtigen
 Ausfall gegen die Agrarpolitik der Regierung benützt, die durch ihre
 angeblich von gesundheitlichen Gründen diktierte Erhöhung der Vieh-
 und Fleischsteuerung die jegliche Fleischsteuerung herausgeschoben hat. Be-
 sonders Stadthagen wies unter Bezugnahme auf die jetzige
 Lage ausführlich nach, wie die von der Zollkommission angenommenen,
 weit über die Regierungsforderungen hinausgehenden Viehzoll-
 erhöhungen notwendig die Fleischsteuerung zu einer allgemeinen
 Fleischnot steigern müßten, die den unteren Volksschichten den Genuß
 von Fleisch völlig unmöglich machen würde.

Der den auf der Schlagbald befindlichen Landwirtschaftsminister
 vertretende Geheimrat Dr. Kapp hatte zur Verteidigung der
 Regierungsmassnahmen keine andre Antwort als Wiederholungen aus
 der von Herrn v. Hobbelsiefel in Düsseldorf gehaltenen Rede und Ent-
 lehnungen aus dem bekanntesten jüngsten Flugblatt des Bundes der
 Landwirte. Wie dieses sah auch der Herr Geheimrat in der Grenzsperr-
 mur eine gesundheitliche Maßregel, die mit den Vieh- und Fleischzöllen eben-
 sowenig im Zusammenhang stehe, wie mit der jetzigen Fleisch-
 steuerung; denn die Grenzsperr- mur bestehe schon seit etwa einem Jahr-
 geht, ohne daß bisher in ähnlicher Weise von einer Fleischsteuerung
 die Rede gewesen wäre, wie jetzt. Daran schloß sich die
 naive Erklärung, sein Chef sei der Meinung, die Fleischsteuerung sei
 nur eine vorübergehende Erscheinung, dagegen der Zolltarif eine
 dauernde Einrichtung.

Auch die in der Mittwoch-Debatte von agrarischer Seite bei-
 gebrachten Gründe bewegten sich in dem alten ausgefahrenen Geleise. Herr
 v. Wangenheim behauptete die Milderung der Maul- und Klauen-
 seuche durch die Grenzsperr- mur; der nationalliberale Ueber-Agrarier
 Siegel schob alle Schuld an der Fleischsteuerung auf Viehhändler und
 Schlächter, und der „Sachverständige“ des Centrums, Herr Dr. Heim-
 sprach, „erzieherischen Viehzöllen“. Selbst der unermüde persönlich
 erschiene Landwirtschaftsminister wußte nichts zur Ver-
 teidigung der Grenzsperr- mur anzuführen. Er bezog sich auf
 seinen Kommissarius, der sich gestern auf ihn als Autorität bezogen
 hatte, und erklärte, durch die drakonischen Ausfuhrmaßregeln in der
 russischen Regierung wäre zwar die Einschleppung von feuchtkranke-
 n Rindern und Schweinen fast völlig ausgeschlossen, aber von Gänzen
 wären in diesem Jahre wieder Seuchen herübergeschleppt, und des-
 halb müßte die Grenzsperr- mur aufrecht erhalten bleiben!

Es ist dieselbe in allen möglichen Variationen wiederholte
 Litanei, die schon seit Wochen in der agrarischen Presse, von
 der „Kreuz-Zeitung“ bis zum kleinsten Kreisblättchen, ertönt
 und in dem Flugblatt des Bundes der Landwirte ihren
 Wiederhall findet: die Behauptung, die Grenzsperr- mur könne doch nicht
 an der jetzigen Fleischsteuerung schuld sein, da erstere weit älter sei,
 als letztere, mit der Hinzufügung, auch in andern Ländern, vor-
 nehmlich in den Vereinigten Staaten, seien die Fleischpreise gestiegen.
 Das Flugblatt der Landwirte wußte sogar zu berichten, daß die
 jetzigen hohen Schweinepreise, die ihn als ganz „normal“ nur
 „die Kosten der Fütterung deckende“ gelten, lediglich
 eine Folge der Haussepekulationen der Herren Armour und Consorten
 in Chicago sind.

An diesem Geschwätz ist nur soviel richtig, daß die Grenzsperr-
 mur nicht die alleinige Ursache der heutigen Fleischsteuerung ist;
 wie immer in solchen Fällen haben auch diesmal eine
 Reihe Umstände zusammengewirkt: die verschiedenen Fleischzufuhr-
 Beschränkungen der letzten Jahre, Ernteverhältnisse, Veränderungen in
 der Viehproduktion verschiedener Länder usw.; aber erstens wurde die
 Wirkung dieser Faktoren auf den deutschen Viehmarkt erst dadurch
 möglich, daß auf diesem durch die Grenzsperr- mur und Einfuhr-
 Erhöhungen die fremde Konkurrenz hintergehalten wurde,
 und zweitens beweist die Thatsache, daß neben der Grenzsperr-
 mur auch noch andre Faktoren in Betracht kommen, noch lange nicht,
 daß eine Aufhebung der Sperr- mur und Erleichterung fremder Zufuhr
 nicht beträchtlich abschwächend auf die jetzigen Fleischpreise zurück-
 wirken würde.

Vor den jetzigen Einfuhrerschwerungen, in den Jahren 1891/93,
 führte Deutschland, obgleich damals durchweg höhere Zollsätze in
 Anwendung kamen, als nach dem Inkrafttreten der Caprivischen
 Handelsverträge, jährlich durchschnittlich für 166 Millionen Mark
 Rindvieh und Schweine ein. Unter dem Einfluß der Absperrungs-
 maßregeln ging diese Einfuhr aber allmählich rapide zurück
 und stellte sich in 1899/1901 nur noch auf 69 Millionen Mark. Be-
 sonders nahm die Einfuhr von Schweinen ab. Rechnet man von der
 Einfuhr in Deutschland die Ausfuhr ab, zieht also nur die Netto-
 Zufuhr in Betracht, die der deutsche Markt von auswärts zur

Deckung des einheimischen Konsums erhielt, so ergibt sich für 1892
 eine Zufuhr von 259 853 Stück Rindvieh und 950 528 Schweinen
 und Spanferkeln, dagegen für 1898 nur von 176 168 Stück Rindvieh
 und 70 604 Schweinen.

Die Agrarier hatten behauptet, daß die deutsche Landwirtschaft
 den durch die Einfuhrerschwerung entstehenden Ausfall leicht decken
 würde. Wie weit das zutrifft, lehrt folgende Uebersicht über die
 Ergebnisse der Viehzählungen. Es waren vorhanden in Deutschland:

	Rindvieh	Schweine	Schafe
1878	15 776 702 Stück	7 124 088 Stück	24 699 406 Stück
1883	15 786 764	9 208 195	19 189 715
1892	17 555 694	12 174 288	13 589 612
1897	18 490 772	14 274 557	10 898 772
1900	18 989 692	16 507 014	9 692 501

Die Ziffern zeigen, wenn man von der Schäfschlachtung abzieht,
 eine recht ansehnliche Zunahme der Viehproduktion, doch ergibt sich,
 wenn man die Zunahme der Bevölkerung berücksichtigt, trotzdem
 eine Abnahme des Viehbestandes pro Kopf der
 Bevölkerung; denn auf 100 Einwohner kamen:

	Rindvieh	Schweine	Schafe
1878	85,4 Stück	17,4 Stück	60,9 Stück
1883	84,5	20,1	42,0
1892	85,5	24,6	27,5
1897	85,4	27,3	20,8
1900	83,7	29,6	17,2

Doch auch diese Berechnung ergibt noch keine vergleichbaren
 Zahlen. Man erhält diese erst, wenn man nach den von den
 Schlachthofverwaltungen ermittelten Durchschnitts-Gewichtssätzen
 Schweine und Schafe in Großvieh umrechnet. Es kommen dann
 auf 100 Einwohner:

1878	48,8 Stück Großvieh
1883	48,7
1892	44,4
1897	44,3
1900	42,8

Das Ergebnis ist also zwar eine beträchtliche Zunahme der Ge-
 samt-Viehproduktion, aber ein Zurückbleiben hinter der Bevölkerungszu-
 nahme: ein Fehlbetrag, der durch vermehrte Zufuhr aus
 dem Auslande infolge der Sperrmaßregeln nicht ausgeglichen wurde;
 vielmehr ging, wie wir vorhin sahen, die Vieheinfuhr allmählich auf
 weit unter die Hälfte zurück. Die Folge war, daß nach Ueberwindung
 der faulen Jahre 1893/95 und nach dem Einsetzen des industriellen
 Aufschwunges, der die Konsumkraft steigerte, die Preise allmählich anzu-
 ziehen begannen, vornehmlich für Schweine, die sich im Durchschnitt
 des Jahres 1898 in Berlin auf 111,3 M. pro 100 Kilogramm Lebend-
 gewicht für zweite Qualität (mit 30 Proz. Tara) stellten, während in
 1895 der Preis nur 90,1 M. betragen hatte.

Der flotte Aufschwung und die hohen Preise, die der Landwirt mit
 Leichtigkeit erzielte, bewogen ihn, sich der Schweineaufzucht mit be-
 sonderem Eifer zuzuwenden. Ueberall findet man in den Jahres-
 berichten der Landwirtschaftskammern, Landwirtschaftsräte und
 ähnlicher Korporationen für 1898 die heilige Freude über
 das Aufblühen der Schweineaufzucht, die als tentakelartiger Zugriff
 der Landwirtschaft gepriesen wird. Unterstützt durch die reichliche
 Futtermittel-Ernte, erfolgte, teilweise auf Kosten der Rinder- und
 Schafzucht, eine allgemeine Hinwendung der Landwirtschaft zur
 Schweineaufzucht, die sich deutlich darin zeigt, daß von 1897 bis 1900,
 also in dem kurzen Zeitraum von drei Jahren, obgleich in diesen der
 Konsum von Schweinefleisch infolge der guten Beschäftigung der
 Arbeiterbevölkerung nicht unerheblich steigt, der Schweinebestand um
 2 1/2 Millionen Stück zunimmt, während die Anzahl der Rinder sich nur
 um rund 449 000 (gegenüber 940 000 in den Jahren 1892-97) ver-
 mehrt und die Zahl der Schafe um 1,17 Millionen abnimmt. Diese
 rasche Zunahme der Schweineproduktion, zu der sich, angeleitet durch
 die hohen Preise, eine bedeutende Einfuhr von frischem und
 einfach zubereitetem Fleisch (meist aus den Vereinigten
 Staaten, Holland und Dänemark) gesellte, die sich in 1898
 allein auf 835 970 Doppelcentner im Werte von 72,5 Millionen
 Mark stellte, hatte schon in 1899 einen außerordentlich
 hohen Antriebs zur Folge. Vom Januar 1899 ab, in welchem
 in Berlin der Durchschnittspreis für Schweine zweiter Qualität
 noch 104,3 M. pro Doppelcentner Lebendgewicht betrug, sank der
 Preis im Juni auf 90,3 M. Dann trat nach der Ernte wieder ein
 leichtes Aufsteigen des Preises ein, das jedoch nicht lange anhält;
 im Dezember stellt sich der Preis auf 91,2 M. Aber diese
 Preislenkung gilt nur für Schweine; für Rinder steigt der Preis pro
 Doppelcentner weiter um 2,6 M., für Kühe um 12,8 M., für
 Hammel um 1,6 M.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 24. September.

Mißbrauch der Religion.

Die katholische „Germania“ legt zum zehntausendstenmal
 den socialdemokratischen Programm, der die Religion zur
 Privatsache erklärt, so aus, als ob er jede Kritik nicht nur der
 Religion, sondern auch des Mißbrauchs der Religion ausschliesse.
 Und nachdem sie diese unfinnige Deutung gegeben, die die Social-
 demokratie katholischer Machen würde als der Katholicismus, folgert
 sie, daß das erneute Verweilen des Münchener Parteitages zu diesem
 Programm, eitel Heuchelei sei.

Gewiß, wenn unter religiöser Programm, nach der „Germania“,
 Verunft aufgefaßt werden müßte, dann wäre es eine Heuchelei, und
 nicht nur eine Heuchelei sondern der vollendete Witz. Wie sollte
 eine Partei wohl ihren Anhängern verbieten, daß sie als Individuen
 religiöse Fragen kritisch erörtern, wie sollte die Socialdemokratie
 vollends dazu kommen, darauf zu verzichten, den Mißbrauch der
 Religion zu Gunsten der herrschenden Klassen, wie ihn namentlich

das Centrum sibt, auch als Partei wie jede andre Art der Ausbeutung
 entsehbend zu bekämpfen.

Die Socialdemokratie erklärt die Religion zur Privatsache — das
 sollte die „Germania“ doch endlich kapieren —, d. h. sie bestreitet,
 im Gegensatz zum Katholicismus, der staatlichen Macht das
 Recht, den Gewissen zwingende religiöse Vorschriften zu machen.
 Die Socialdemokratie läßt, wieder im Gegensatz zur katholischen Kirche,
 jeden nach seiner Façon selig werden, jeder darf seine metaphysischen
 Bedürfnisse in einer ihm passenden Weise befriedigen; die religiösen
 Empfindungen gehen die Partei als solche gar nichts an. Deshalb
 ist unser Programm — Erklärung der Religion zur Privatsache —
 so wenig irgend einer taktischen Heuchelei entsprungen, daß
 er vielmehr gerade eines der aufrichtigsten und wichtigsten Kampf-
 mittel gegen das Centrum darstellt, das die Religion zur Partei-
 und zur Staatsfrage macht, das die Religion als Organ der Aus-
 beutung mißbraucht.

Erklärung der Religion zur Privatsache — das ist keine feige
 Zweideutigkeit, kein mehrlicher Opportunismus, sondern gerade die
 beständige Kampfsparole wider das Centrum, das die religiösen Ver-
 dürfnisse und Vorstellungen der Massen für die Zwecke der Partei,
 der Kirche und der herrschenden Klassen ausbeutet und verrät. Für
 das Centrum ist eben die Religion keine Privatsache.

Es giebt kaum einen besseren Beweis für die Erscheinung, daß
 die Religion nur als Privatsache ihr Heilhaftes und Wertes gesichert
 erhalten kann, als das Centrum und den Akerikalismus. Unter dem
 Vorwand der Religion ist diese Partei irreligiös, antichristlich. Die
 ganze Politik des Centrums ist ein Hohn auf das Christentum. Un-
 christlich ist der Militarismus, unchristlich der Vorkonker, unchristlich
 die Welt- und Kolonialpolitik. Echte Religion findet als Privatsache
 bei der Socialdemokratie höheren Schutz, während sie als Partei-
 und Staatsfrage vom Centrum und der katholischen Kirche mißhandelt
 und vergewaltigt wird.

Nicht unser Programm ist eine Heuchelei, sondern eine grobe
 und gemeingefährliche Heuchelei ist das Christentum des Centrums,
 mit dem es seine infame Unchristlichkeit in der Politik lastert.

Russische Achtgroßenschungen in Deutschland.

Man schreibt uns: Wiederholt ist in der socialistischen Presse
 die Aufmerksamkeit der deutschen Regierungsbehörden auf die
 Treibereien der Agenten der russischen Gendarmerie auf der preussisch-
 russischen Grenze gelenkt worden. Der Arbeiterbund für Polen
 und Polen machte vor kurzem die Mitteilung, daß die russischen
 Agenten ihr Handwerk so unerschämte treiben, daß sie sich sogar er-
 dreisten, auf deutschem Boden offen nach verbotenen Wäffern herum-
 zuschnüffeln. Die offiziöse Presse dementierte die Mitteilung, darauf
 verwies aber die Presse auf den Fall Kugel, aus dem die unumstöß-
 liche Thatsache hervorgeht, daß verwerrliche Beziehungen der
 russischen Gendarmerie zum deutschen Boden bestehen. Der
 Regierungsbehörde mußte doch bei dem Fall Kugel als erste
 Frage aufstehen, auf Grund welchen Zeugennaterials denn die
 angebliche Anklage der russischen Behörden gegen Frau Kugel auf-
 gebaut ist. Es steht jetzt fest, daß Frau Kugel nicht verhaftet worden
 ist, weil man geglaubt hätte, sie sei mitschuldig an irgend einem
 Verbrechen; Frau Kugel ist zum Zweck der Erpressung von Zeugen-
 ausagen ins Gefängnis geschleppt worden. Sollte dies die deutsche
 Regierung nicht gewußt haben, so müßte sie doch auf jeden Fall die
 Fäden aufzudecken suchen, die den bezahlten russischen Denunzianten den
 weitesten Spielraum ließen und deren Fortbestehen für die deutsche
 Grenzbevölkerung nicht ohne Gefahr ist. Man hat aber von einem
 Vorgehen und einem Erfolg der deutschen Behörden in
 dieser Richtung nicht das geringste vernommen, wollen
 wir ihnen deshalb behilflich sein, indem wir hier einige
 von dem Gefindel näher bezeichnen, die auf deutschem
 Boden schon seit Jahren thätig sind. Man wird dabei sehen, von
 Leuten welcher Qualität die persönliche Sicherheit deutscher Staats-
 angehöriger abhängig ist.

Da ist zunächst Mikelis Wabba, genannt auch die „Kleine
 Kette“ (Wafasit Kette). Der Mann ist schon 18 Jahre Schmuggler
 und oft für verschiedene Verbrechen eingestraft gewesen. Im April
 1900 wurde er wieder einmal von der Grenzwahe gefaßt und er
 sollte Zwangswohnsitz im Innern des Reiches erhalten. In der Not
 wandte er sich an die Gendarmerie und bot ihr seine Dienste an.
 Diese legte sich auch für ihn ins Zeug und Wabba durfte in seinem
 alten Wohnort bleiben. Seitdem befindet er sich im Dienst der
 Gendarmerie in Libau, die ihn mit großen Nachbetrüben ausgerüstet
 hat; so darf er z. B. zu jeder Zeit umherstreifen die Grenze überschreiten.
 Er hat unter andern auch eine nicht geringe Rolle bei der Ver-
 haftung der beiden Letten Klawa und Kolaw gespielt, gegen die
 Frau Kugel ansagen sollte. Wabba ist jetzt etwa 36 Jahre alt,
 seinen ständigen Wohnsitz hat er in Ragan, unweit Polangen. Er
 ist stark gebaut und besitzt einen kleinen blonden Schnurrbart.

Unter den nächsten Gehilfen des Wabba wäre vor allem die
 Familie Cirna zu nennen, deren Mitglieder weit im ganzen Um-
 kreis als Pferdeklau bekannt sind. Fast immer ist einer von ihnen
 im Justizhaus, so auch jetzt, wo im Februar dieses Jahres das
 Bezirksgericht in Libau einen der Brüder Juris Cirna wegen
 Weineid zu 8 1/2 Jahren Justizhaus verurteilte. Zu Juris Cirna
 verlor Wabba einen tüchtigen Mitarbeiter. Jetzt trifft man ihn am
 meisten mit dem andern Bruder Jahnis Cirna zusammen.
 Wir nennen noch den Schmuggler Silperneks aus
 Polangen, der die beiden Klawa und Kolaw dem Polizeimeister
 Nikitin in Polangen verrät.

In Polangen hat die Gendarmerie von Rurland außerdem
 noch vier Polizeifeldaten, die oft über die Grenze gehen. Unter
 ihnen zeichnet sich besonders einer Namens Wilks aus. Wilks ist
 mittleren Wuchses, ziemlich corpulent und hat schwarzen Vollbart.

In der Gesellschaft Wahls befinden sich außerdem noch die folgenden Unterbeamten der Acciseverwaltung von August Lepfisch, Benion, Simanow und Pule. Emil Lepfisch ist jetzt 40 Jahre alt, hat einen großen roten Schnurrbart und das Gesicht eines Tramboldes, sein Kopfhaar ist grau, etwas rötlich schimmernd. Lepfisch war früher Ueberseher von schundliterarischen Erzeugnissen für den Verlag Schablowitsch in Wilna, widmete sich aber dann dem einträglicheren Geschäft der Menschenfängerei. Benion ist 35—37 Jahre alt, mittlerer Größe, hat kleinen, schwarzen Spitzbart. Er hat eine Kreiselschule absolviert, ist Ladenbesitzer in Hasenpot gewesen, hat Bankrott gemacht und ist jetzt auf dem besten Wege, die Karriere eines Gendarmen zu machen. Andreas Simanow ist fünf Jahre Gendarm in dem kurländischen Gendarmereikommando gewesen, sedelte dann nach Riga über, wo er in den Dienst der Kriegshafen-Gendarmereie trat. Pule ist ein noch junger Mann von 20 Jahren, aber sehr dienstfertig; er hat sich ganz besonders im Frühjahr 1900 bei dem Auspionieren einer Sendung litauischer Bücher hervor. Pule ist schlank gewachsen und hat kleinen, blonden Schnurrbart.

Alle die Genannten sind treue Knappen des Polizeimeisters in Polangen, Rikstin, und der Gendarmereie in Libau.

Der Gehilfe der Gouvernements-Gendarmereie von Kurland macht jede Woche nach Polangen Ausfahrten, wo die Agenten ihre Instruktionen erhalten. Nach der Verfassung des Kowlo und Klatwa hielt er sich dort in der Begleitung des Procurators für politische Angelegenheiten in Libau Lebedew mehrere Tage auf, die Agenten erhielten damals den Auftrag, um jeden Preis jemand herüberzuschaffen, den man als Zeugen verwenden könnte. Als Opfer fiel ihnen bekanntlich am 1. September die sechzigjährige alte Frau in die Hände.

Als Treffpunkt auf deutschem Boden dient den zarischen Treibern das Feinsteinsche Restaurant gegenüber Polangen, zwei bis drei Kilometer von der Grenze entfernt. —

Deutsches Reich.

Die Partei der Zollverständigung.

Die „Kölnische Volkszeitung“ erzählt recht ausführlich, warum das Centrum besonders berufen ist, das Zustandekommen des Binnentarifs mit allem Eifer zu bewirken. Das Centrumblatt läßt an die Erörterungen Webers in München an, der ausführte, daß das Centrum in große Schwierigkeiten geraten müsse, wenn bei der künftigen Reichstagswahl die Zollvorlage zur Entscheidung steht und die dem Centrum angehörigen Arbeiter niedrige und die Landwirte hohe Stölle fordern. Darauf fügt die „Kölnische Volkszeitung“ aus:

„Das die Wünsche in dieser Beziehung etwas auseinandergehen, ist eigentlich ganz natürlich, aber bei näherer Ueberlegung werden sich beide Teile sagen, daß das Heil in der Verständigung liegt. Sagen wir den — übrigens undenkbar — Fall, bei den nächsten Wahlen würden 50 Centrums-Abgeordnete gewählt, die sich anheißig gemacht hätten, für möglichst niedrige, und 50, die versprochen hätten, für möglichst hohe Stölle zu wirken, so ist doch klar, daß diese beiden Richtungen sich gegenseitig aufheben würden. Sachlich hätte also niemand etwas gewonnen, weder die „Centrums-agrarier“ noch ihre Gegner, und erreicht würde damit nur die politische Ausschaltung des Centrums. Ihre Partei würde bei Erledigung der ganzen Frage überhaupt nicht mehr in Betracht kommen, und das ist so gerade, was die Gegner wollen. Sie hätten die Frage allein zu ordnen, wenn die beiden Hälften des Centrums wie die beiden Löwen in der Fabel sich gegenseitig versetzen würden.“

Nun verlangen aber die höchsten Interessen des Centrums dringend, daß es in dieser Frage eine entscheidende, ausschlaggebende Rolle spielt. Von diesem Standpunkte aus wird eine vernünftige Parteileitung alle diejenigen Bestrebungen, welche auf Verständigung hinarbeiten, mit Freuden zu begrüßen haben. Wer das Centrum allzu entschieden in die eine oder andere Richtung drängen will, bewirkt dadurch nur, daß auch die entgegengesetzte Auffassung sich desto kräftiger geltend zu machen sucht. Das ist nicht möglich, das ganze Centrum auf irgend einen extremen Standpunkt zu einigen, sollte doch schon längst jedermann eingesehen haben; wer dennoch diesen Weg beschreitet, arbeitet bewußt oder unbewußt auf eine Spaltung der Partei hin.“

Die „Köln. Volksztg.“ hält die für ihre Partei verhängnisvolle Ansicht des Auseinanderfallens in Vertreter niedriger und Vertreter hoher Stölle für „undenkbar“. Dennoch ist es die Furcht vor dem Untergange, die das Centrum mit allen Mitteln an der Verständigung des Zollwesens unter den Zollpartei und an der Durchführung des Tarifs arbeiten läßt. —

Regierungen und Fleischnot. Auch die sächsische Regierung hat sich jetzt entschlossen, eine Untersuchung über die Ursachen der Fleischpreissteigerung vorzunehmen.

Der badische Minister Dr. Schenkell hatte eine Aussprache mit den Oberbürgermeistern von Karlsruhe und Mannheim, in der er anerkannte, daß nach den bisherigen Ergebnissen der auf Anordnung des Ministeriums des Innern erfolgten Feststellungen über die Markt- und Preisverhältnisse ein gewisser Rückgang des Auftriebs, insbesondere von Schweinen, und eine Steigerung der Fleischpreise nachgewiesen ist, und er erklärte, wie die „Südd. Reichsfor.“ mitteilt, ferner, daß die großherzogliche Regierung demgemäß in eine Prüfung der Frage eingetreten sei, ob nicht etwa durch eine Milderung der bestehenden Vorschriften die Möglichkeit einer Einfuhr lebender Schweine herbeizuführen sein werde. — Das sind noch überaus geringe Hoffnungen, die das badische Ministerium der von der Fleischnot bedrückten Bevölkerung eröffnet. Aber diese Erklärungen scheinen immerhin einen winzigen Anfang einer ernsthaften Behandlung dieses dringenden Problems zu bedeuten. —

Der Fleischer-Verband verbreitet ein Flugblatt, in dem er sich gegen die agrarischen Ableugnungen der Fleischnot sowie gegen die Behauptung wendet, daß die Fleischer die Urheber der Preissteigerung seien. Das Flugblatt geht Stück um Stück die agrarischen Schreibweise durch und widerlegt sie gründlich. Es gipfelt in dem Satz: „Diese Verhältnisse verlangen gebieterisch, daß die Zufuhr von Schlachtvieh aus unseren viehreichen Nachbarstaaten in größerem Umfang als bisher ermöglicht wird, und zwar soll dies unter solchen Sicherheitsmaßregeln geschehen, die jede Bedrohung des heimischen Viehstandes mit Seuchengefahr ausschließt.“ —

Das Zollgeheimnis. Wo immer eine politische Situation unentweder dunkel erscheint, da hat man sich gewöhnt, nach dem Kaiser zu suchen, der hinter den Coulissen die Drähte zieht.

Aus dieser Gewohnheit heraus, wird jetzt das Gerücht verbreitet, daß Graf Willow persönlich den Agrariern eine Erhöhung der Getreidezölle um 50 Pf. über die Regierungsvorlage hinaus zugesagt habe, hierfür aber ebenso wie bei seiner Befürwortung der Gewährung von Dürren die Zustimmung des Kaisers nicht erlangt habe und sich auch nicht getraue, eine solche formell nachzusuchen.

Wenn dem so ist, so würde das allerdings bis zu einem gewissen Grade sowohl den Widerstand der Minister gegen die Ueberzölle als auch den Trost der Agrarier erklären; die Kaufmanns-Stimmung herrscht! —

Freisinnige Hilfsleistungen für den Zollwucher. Die freisinnige Zollpartei setzt ihre wunderbare Taktik fort, die zur Wirkung hat, den Zollentwurf der Regierung zu stande zu bringen. In der

Kommission hatten die Socialdemokraten selbstverständlich gegen den Querbrotzoll von 1 M. gestimmt und für die bisherige Zollfreiheit; dadurch kam der 7. März-Satz in den Entwurf.

Nun lamentiert die „Freih. Ztg.“, daß die Socialdemokratie den Agrariern in die Hände arbeite; sie findet das „unlaublich“.

Wenn wir nicht längst wüßten, daß die Freisinnigen unter Müller-Sagans Leitung in der Kommission durch ihre unsinnige Taktik des Stören der Regierung direkt in die Hände arbeiten, so würden wir das Verhalten der Freisinnigen für unlaublich erklären.

Nach der Theorie vom kleineren Uebel müssen wir natürlich die an sich möglichen Hölle der „mittleren Linie“ zu Falle bringen, während die agrarischen Ueberzöhlforderungen wegen ihrer Unsinnsigkeit ungefährlich sind. Die höheren Stölle sind in Wirklichkeit das kleinere Uebel. Wir vermuten, daß die Freisinnigen — gemäß ihrer bisherigen Taktik — auch für den 5.60 Zoll auf Getreide stimmen werden, damit nicht etwa der bündlerische 7.50 Zoll-Sieg. —

Kavallerie-Attaken gegen den „Kleinen Cohn“. Von einem neuen Reiterfest erzählt die Breslauer „Volksstimme“:

Eine an 1000 Köpfe zählende Volksmenge hatte sich am Sonntag zu Wagen, zu Rad, mit der Bahn und zu Fuß aus Beuthen, Glogau, Reufels, Grünberg, Primkenau, Sagan, Freystadt, Zülchow, Sagan, Breslau hier eingefunden, um am Nachmittag dem Reiterfest bei-zuwohnen, das Graf Wladimir mit seinem Musikcorps und seinen 50 Reitern auf seiner Feldmark an der Bahn veranstaltete. Es wurden Quadrillen geritten, Attaken aufgeführt und ein Parade-marsch geritten. Während des letzteren fiel zum allgemeinen Gaudium ein Ballon über der Reitergarde auf, welcher als Gondel das Bildnis des „Kleinen Cohn“ in Lebensgröße trug. Gegen 8 Uhr erfolgte der Abschied nach dem Gutshofe, wo der Graf eine Generalpause an seine Ritter hielt.

Bei den hervorragenden kavalleristischen Reigungen des Dresch-grafen ist es wunderbar, daß er, da die Kavallerie doch hochmoderne ist, noch immer nicht in der Armee eine leitende Stellung erhalten hat. Für die Führung von Wandern neusten Stils, die immer mehr zu Reiterfesten werden, wäre der Herr von Klein-Tschirne der rechte Mann. —

Schug für Fälschungen verlangen nicht nur Centrumsblätter, sondern merkwürdigerweise auch manche Staatsanwälte.

Im Juni dieses Jahres wurde eine Nummer der „Augsburger Stadtzeitung“, worin die Kacherer Heiligtümer verhöhnt wurden, konfiszirt. Endlich, nach viermonatlicher Untersuchung, ist der „Reipziger Volkszeitung“ zufolge, das Verfahren eingestellt worden mit der Begründung, daß die einzelnen Reliquien nicht unter dem Schutze des Gesetzes stehen und daß daher das Verbot wegen einer Verhinderung des kirchlichen Gebrauchs der Reliquienverehrung keinen Anlaß hat, gesetzlich vorzugehen. Die Kosten trägt die Staatskasse und die Beschlagnahme wird aufgehoben.

Vielleicht entschließt sich nun der eifrige Staatsanwalt, zu prüfen, ob er nicht gegen die betrübliche finanzielle Ausbeutung unechter „Reliquien“ einzuschreiten hat. —

Eisenbahntarifreform in Sachsen. Die sächsischen Finanzen sind schwer krank, sie leiden insbesondere unter der Ungunst der Eisenbahneinnahmen, die seit einer Reihe von Jahren in keinem Verhältnis stehen zu den stark gewachsenen Ausgaben. Die „Magdeburger Zeitung“ erzählt, daß sich die sächsische Regierung zu einer Personentarifreform entschlossen, von der sie Abhilfe der Finanznot erhofft. Die sächsische Regierung will damit thätlich bald und zwar auch in dem Falle vorgehen, daß andere Eisenbahn-verwaltungen, namentlich aber die preussischen Staatsbahnen, sich zunächst noch abwarten und verhalten sollten. Die Reform wird sich auf folgende Grundzüge beziehen: Vereinfachung aller Mühsalarten, Herabsetzung des Preises für einfache Karten auf die Hälfte der jetzigen Mühsalartenpreise, Erhebung eines Zuschlages für die Benutzung von Eisenbahnen, Abschaffung des Freigeleises und Ermäßigung der Gepäckpreise. Die Regierung sieht in der Reform das einzige Mittel, eine Verkehrserleichterung und damit zugleich die so wünschenswerte Vermehrung der Einnahmen herbeizuführen. —

Der „schöne Einfluß“, der nach den Worten des Herrn Dr. Max Hirsch „trotz der verschiedenen Meinungen“ in der Reichs-Gesellschaft für sociale Reform herrscht, ist in der von uns gestern schon besprochenen Abendversammlung in Köln schließlich doch erheblich gefördert worden. Das Reichliche Telegraphenbureau, das gestern über die Versammlung berichtete, als sei sie ein politisches Ereignis, das freilich von vielen Blicklingen nicht berichtet. Unser Kölner Korrespondent berichtet uns darüber folgendes:

Der national-social Herr Tischendörfer hatte seine Rede mit der stolzen Erklärung begonnen: Aus der Anordnung, daß ein Arbeiter nach einem so hohen Staatsmann wie Reichsminister v. Bismarck, und vor einem Politiker von solchem Ruf, wie Herrn Justizrat Trimbom, reden könne, erziehe man, daß die Gesellschaft für sociale Reform Ernst mache mit dem Gedanken voller Gleichberechtigung der Stände. Das Entzücken des Herrn Tischendörfer über die vornehme Hochachtung hielt aber nicht über den Abend hinaus. Gleich nach seiner Rede verabschiedeten ihm Herr Trimbom und der Vorsitzende der Kölner Ortsgruppe, Baurat Stäbgen, eine eiskalte Douche. Herr Tischendörfer verlangte in seiner Rede ein Reichs-Vereinsgesetz nach dem Vorbild der badischen und württembergischen Geetze. Der Redner citierte eine Menge von wilschlichen und rechtswidrigen Versammlungsverboten und -Auflösungen und Verfolgungen der organisierten Arbeiter auf Grund des § 153 der Gewerbe-Ordnung. Er kritisierte ferner die Rechtsprechung. Immer nur seien es die Arbeitervereinigungen, die man schillern und unterdrücke, während man das Recht der Unternehmer, sich zu koalieren, nicht beschränke; dadurch werde bei den Arbeitern der Eindruck erweckt, daß mit zweierlei Maß gemessen werde.

Mit wachsendem Unbehagen hatten die bourgeois Social-reformer und ihre Freunde die Ausführungen angehört und manche sogar den Saal verlassen. Herr Trimbom, der Kölner Centrumsabgeordnete, der mit Herrn Tischendörfer in der Zeitung der Gesellschaft für sociale Reform stüt, beilegte sich, zu versichern, daß man durchaus nicht mit jedem Satz des Vortrags einverstanden sei, wenn man auch die Unschärfe der vereins- und versammlungsrechtlichen Bestimmungen erkenne. Er betone, daß man weit entfernt sei, für jeden Willkür die betreffende Polizeibehörde oder für wunderliche Entscheidungen das betreffende Gericht verantwortlich zu machen.

Baurat Stäbgen erklärte in Uebereinstimmung mit den anwesenden Mitgliedern des Vorstandes der Kölner Ortsgruppe, daß er mit den Zielen in dem Vortrage des Herrn Tischendörfer einverstanden sei; aber die Art der Begründung, so sagte der Herr, ist für uns in einzelnen Teilen nicht recht genehm gewesen (Sehr richtig!)... und ich hätte im Ton und der Aus-sprechung manches anders gewünscht. Man wolle gewiß einreten für die Koalitionsfreiheit der Arbeiter, für einen besseren Schug der Arbeiter; aber das sei doch nicht der ganze Inbegriff der beabsichtigten Thätigkeit; es gebe noch eine ganze Reihe social-politischer Interessen. Er habe geglaubt, das sagen zu müssen, um nicht einen falschen Schein auf die Kölner Ortsgruppe kommen zu lassen.

Vielleicht erkennt auch Herr Tischendörfer, daß die kampfbetonte Arbeitererschaft recht handelt, indem sie die ehemaligen Minister, Kommerzienräte, Handelskammersekretäre etc. dem Grunde mit den Vertretern der schwarzen Partei des socialpolitischen Betruges überläßt. —

Ein Lieutenant als Soldatengübler. Aus Thörn wird berichtet: Wegen vorläufiger Behandlung Untergebener und Unterdrückung einer Meldung hatte sich der Lieutenant Dammann von der dritten Compagnie des Pionier-Regiments Nr. 17 vor dem Kriegsgericht der 35. Division zu verantworten. Der Pionier-Schubert behandelte, daß, wenn er in der Instruktionshunde schlecht geantwortet hätte, er in die Wohnung des Lieutenants Dammann befohlen worden sei. Hier mußte er dann Gewehr-

frecken mit Liegebungen 200 bis 250 mal dreibleisel bis eine Stunde lang vornehmen. Dadurch sei er dann so angeleitet worden, daß er noch am nächsten Tage Zittern in den Knien verspürt habe. Schubert hat eine derartige Behandlung zu zehn verschiedenen Malen erfahren. Auch der Pionier Jenda hatte sich einmal gleich nach dem Dienst bei Lieutenant Dammann zu melden und mußte dann Gewehrstrecken und Liegebungen längere Zeit, fast bis zur Erschöpfung, ideo. Die Meldung eines Unteroffiziers über eine drohende Verurteilung eines Pioniers hatte Lieutenant Dammann als unbedeutend nicht weitergegeben. Das Kriegsgericht verurteilte ihn wegen unterlassener Meldung und vorläufiger Behandlung von Untergebenen in 11 Fällen zu vier Tagen Stubenarrest. So milde Strafe wird kaum erzieherlich wirken. —

Centrumsblätter und Centrumspresse. Aus Baden schreibt man uns: Nicht bloß im Rheinland, auch bei uns in Baden beginnt denjenigen Centrumsblättern, die es mit dem Volke noch eheich meinen, ob der unverblühten zoll-wucherischen Haltung ihrer Berliner Parteifraktion nachgerade das Gewissen zu schlagen. Der „Badische Landmann“ in Ettlingen, ein mit anerkanntem Ruf und redigiertes Centrums-blätter, dessen Redacteur in der politischen Organisation und Agitation unter den katholischen Arbeitern eifrig thätig ist, unterbreitet heute seinen Lesern den auch vom „Vorwärts“ mitgetheilten Ruf des Wänschen-Glabbacher Centrumsvereins zum Protest gegen die Zollwucherpolitik der liberalen Reichstagsfraktion und knüpft daran die folgenden, als Symptom gewisser Unterströmungen in seiner Partei nicht uninteressanten Bemerkungen:

„Das sind keine erfreulichen Anzeichen für die Reichstagswahlen; sie verraten, daß das Centrum diesmal einen schwächeren Stand haben wird, als bei früheren Wahlen, veranlassen aber hoffentlich die Partei, die engste Fühlung mit allen Volksschichten zu nehmen. In diesen wirtschaftlich gegenwärtigen Fragen läßt sich nicht so einfach von einer Stelle aus eine Direktive geben, wie etwa in religiösen Fragen, die schon durch die Kirche bestimmt sind, sondern da will jede Interessentengruppe gehört und berücksichtigt sein, sonst thut sie nicht mit.“

Der erwähnte rege Verkehr des „Landmann“-Redactors mit der katholischen Industrie-Arbeiterschaft hat ihm wohl die Kenntnis vermittelt von der gewaltigen Ertitterung, die auch hierzulande in jenen Kreisen gegen die agrarische Verteuerung- und Hungerpolitik der maßgebenden preussischen Centrumsgruppen vorhanden ist. Wie der gute Mann es fertig bringen will, den Wünschen aller Interessentengruppen gerecht zu werden, also den Bauern zu hohen Vieh- und Kornpreisen, den Arbeitern zu billigem Fleisch und Brot zu verhehlen, das ist freilich ein Rätsel. Er wird es also wohl erleben, daß bei den nächsten Reichstagswahlen die einen oder die andern „nicht mitthun“. —

Siobduchrichten und Klautschou.

Die „Times“ veröffentlichen eine Nachricht über verheerende Unwetterkatastrophen in unserm „Platz an der Sonne“.

Danach haben kürzliche Regengüsse großen Schaden an den Bahnlagen, namentlich zwischen Klautschou und Kaimi und zwischen Kaimi und Weihien angerichtet. Dämme seien weggeschwemmt, Brücken, die eine Million Mark gekostet, unterminirt und der Verkehr sei unterbrochen worden. Auch die Bevölkerung und deren Häuser und Felder hätten schwer gelitten. In dem niedrigen Haoli-District von Kaimi, seien vier Dörfer fast verschwunden und mehrere Todesfälle vorgekommen. Die Bahngesellschaften behaupteten, solche Regengüsse seien fast nie dagewesen und die Bahndämme seien ein vorzüglicher Schug gegen die Hochflut. Die Chinesen erklärten jedoch, schon im ersten Jahre der deutschen Occupation 1898 seien gleiche Regengüsse infolge der Abwesenheit von Bahndämmen unerschädlich abgelaufen. Als der Damm vor drei Jahren gebaut wurde, protestierte die Bevölkerung, weil er nicht genug Abzugsöffnungen habe, und da man nicht darauf achtete, trug sie den Damm ab. Die Klautschou-Regierung habe darauf eine Expedition entsandt, die eine Anzahl Einwohner tötete und die Dorf-mauern abtragen ließ. Ein Beweis, daß die Chinesen recht gehabt, sei, daß die Regierung jetzt die Dammöffnungen bauen lasse, um welche die Bevölkerung damals gebeten habe.

Der „Lokal-Anzeiger“ erzählt hierzu von „wohlinformierter Seite“, daß die Thatfache der verheerenden Ueberschwemmungen richtig sei. Die Bahndämme seien zum Teil fortgeschwemmt, die Brücken eingestürzt worden. In Klautschou habe teilweise das Wasser 1 1/2 Meter hoch gestanden. Viele Häuser seien eingestürzt und gegen sechzig Einwohner ertrunken! Auch Kaimi und mehreren benachbarten Dörfern sei es nicht besser ergangen, auch hier hätten viele Menschen in den Wasser ihr Grab gefunden. Die „wohlinformierte Seite“ bestreitet jedoch, daß die chinesische Bevölkerung schon seiner Zeit die unheilvolle Wirkung des mit ungenügenden Durchlässen versehenen Bahndammes erkannt und aus diesem Grunde gemuntert habe. 1899 hätten sich die Chinesen vielmehr aus allgemeinem Fremdenhass erhoben.

Diese Widerlegung erscheint uns absolut nicht überzeugend. Viel wahrscheinlicher ist es vielmehr, daß die chinesische Bevölkerung, die ihr Klima und die Gefahr der Wasserkatastrophen aus Erfahrung kennen mußte, auch speciell wegen der durch den Bahnbau heraufbeschworenen Lebensgefahr revoltierte, als Vorkellungen nichts halfen. Das Achtmillimeter brachte sie zum Schweigen. Die nun wirklich eingetretene Wasserflutkatastrophe, die durch die Stauungen infolge des Bahndammes in ihrer verheerenden Wirkung verschärft wurde, hat den deutschen Technikern nun zwar ihren Tertium grübel nachgewiesen, aber gleichzeitig auch Hunderten von Chinesen das Leben gekostet!

Ueberaus seltsam aber ist es, daß diese Nachricht erst durch einen in einem englischen Blatte veröffentlichten Brief in Deutschland bekannt werden mußte, während man in Deutschland selbst über das traurige Vorwissen längst unterrichtet sein müßte, und, wie die „wohlinformierte Seite“ des „Lokal-Anz.“ beweist, auch unterrichtet war! Wie auch das lange Schweigen über die Cholera-Todesfälle in Klautschou beweist, scheint man es mit einem systematischen Schweigehelm über alle unangenehmen Nachrichten zu thun zu haben! —

Ausland.

Ein neuer russisch-chinesischer Vertrag.

Ein in Port Arthur erscheinendes Blatt „Kowst Kra“ entnimmt dem „Ost. Post“ die von Kantoner Blättern veröffentlichten näheren Mitteilungen über den Tibet-Vertrag. Die 12 Vertragspunkte lauten:

1. Um den Frieden im Lande aufrecht zu erhalten, tritt China, da es selbst machtlos ist, seine Rechte auf Tibet an Rußland ab.
2. Rußland garantiert China die Unabhängigkeit seiner (Chinas) Provinzen.
3. Wenn China im Falle eines Krieges oder von Unruhen nicht im stande sein sollte, die Ruße wiederherzustellen, so hat Rußland das Recht, sich einzumischen, um selbst Ruhe zu schaffen.
4. Rußland übernimmt Tibet und wird es durch seine Vertreter verwalten lassen.
5. China darf in Tibet Konsulate errichten.
6. Rußland verpflichtet sich, die chinesischen Kaufleute zu unterstützen.

7. Wenn sich in Tibet chinesische Flüchtlinge aufhalten, so soll Rußland sie ausliefern.

8. Rußland darf von chinesischen Waren in Tibet keine Abgaben erheben.

9. Rußland muß der einheimischen Bevölkerung eine gute Behandlung zu teil werden lassen.

10. Rußland darf der einheimischen Bevölkerung keine Religion mit Gewalt aufdrängen.

11. Rußland sieht das Recht zu, in Tibet Eisenbahnen zu bauen und Bergwerke anzulegen. Es muß den Chinesen jedoch gestattet sein, Aktien derartiger Unternehmungen zu erwerben.

12. Beim Eisenbahn- und Festungsbau dürfen die chinesischen Tempel nicht zerstört werden.

Die „Kowoski“ geben die Mitteilungen des offiziellen „Kowoski“ wieder, ohne ein Wort hinzuzufügen.

Durch die Abtretung Tibets — das sich übrigens nur formell unter Chinas Oberhoheit befunden hat — an Rußland wäre die Reibungsfläche zwischen Rußland und Britisch-Indien, die bisher in Pamir und Rußisch-Turkestan vorhanden war, außerordentlich vergrößert worden.

Ob Rußland für das bislang ganz unbekannte, erst durch Sven Hedin's Forschungsreisen geographisch und ethnologisch entdeckte Hochplateau Tibet die amelierte Mandchurien nun wirklich wieder beanspruchen wird, ist noch die Frage. Da durch den obigen Vertrag Rußland ausdrücklich das Recht eingeräumt wird, im Falle von „Unruhen“ auf chinesischen Gebieten durch seine eigenen Truppen „Ruhe zu schaffen“, so hat es Rußland ganz in seiner Hand, Infanterie- und Kavallerie-Truppen in der Mandchurien unter dem Vorwand noch nicht völlig unterdrückter Unruhen beliebig lang zu unterhalten.

Ein Aufruf der Voerengenerale

unterzeichnet von Votha, De Wet und Delarey ist am Mittwoch erschienen. In demselben heißt es zunächst, die Voeren seien nach einem Kampfe von mehr als 2 1/2 Jahren gezwungen gewesen, die ihnen gestellten Friedensbedingungen anzunehmen. Die in Vereinigung verammelten Vertreter hätten die Generale beauftragt, sich nach England zu begeben, um dort eine Viderung des unermesslichen Notstandes zu erlangen, der die ehemaligen Republiken betroffen. Da es den Generalen nicht gelungen sei, in England Hilfe zu finden, so müßten sie einen Aufruf an Europa und Amerika richten. Sie dankten für die den Frauen und Kindern in den Konzentrationslagern gewährten Unterstützung. Die Angehörigen der Republiken seien nach dem Kriege völlig zu Grunde gerichtet, die gänzliche Verwüstung des Landes sei unbefriedlich, 30 000 Häuser und viele Dörfer seien niedergebrannt und zerstört. Die Generale bitten deshalb um Liebesgaben zur Unterstützung der Witwen und Waisen, der Verwundeten und Gefangenen, sowie zur Erziehung der Kinder und erklären, sie besprächen die schwerlichen Folgen des Krieges nur, um zu zeigen, wie groß die Not sei, keineswegs aber, um die Gemüter von neuem zu erregen. Der kleine Betrag, welchen England nach den Bedingungen der Uebergabe leisten werde, sei, auch wenn er um das Zehnfache vermehrt werde, völlig ungenügend, um allein die durch den Krieg erlittenen Verluste zu decken.

Da die Voeren ja jetzt englische Unterthanen geworden sind, ist wohl auch, analog einer früheren Aktion zu Gunsten der Sumatraner Indier, eine Anregung Wilhelms II. bei der hohen Finanz zu Gunsten der ausgeplünderten Voeren zu erwarten.

Oesterreich-Ungarn.

Eine großfürstliche „Strecke“. Aus Budapest wird gemeldet: Der als Jagdgast beim Grafen Nisch auf dem Gute Scant Ivanic weilende russische Großfürst Konstantinowitsch sei hoch gestern während der Jagd fünf Treiber.

Der Großfürst dürfte damit wohl den Rekord gemeingefährlicher Sonntagsjäger erreicht haben. Wie er fünf Treiber erschießen konnte, ist geradezu unverständlich, selbst wenn er alle drei Läufe eines Drillinges auf eine Treiberleiste abgeseuert haben sollte!

Frankreich.

Die Wiedereröffnung der Schulen nach Schluß der großen Ferien in vielen Departements bereits erfolgt. Nirgends hat sich ein Mangel an Lokalitäten bemerkbar gemacht, selbst dort nicht, wo viele Ordensschulen geschlossen wurden. In Finistère sind die Schulen in 32 Kommunen eröffnet worden.

England.

Englische Barbaren nach dem Friedensschluß. Wie die Engländer die australischen Freiwilligen zurücksandten, geht zur Genüge aus einem Bericht hervor, den man der „Frankfurter Zig.“ unter dem 7. August aus Sydney sendet. Darin heißt es: Zustände der haarsträubendsten Art scheinen auf dem gestern nachmittags aus Durban im Welbournen Hafen eingetroffenen Transportdampfer „Drayton Grange“ geherrscht zu haben. Zustände, die es mit sich gebracht haben, daß von den mit dem Schiffe heimbekehrten Freiwilligen fünf Mann unterwegs gestorben sind, während neunzig Mann zum Teil sehr schwer erkrankt daniederliegen. Die „Drayton Grange“ hat Raum für allerhöchstens 1500 Passagiere, was aber, wie es scheint, die englischen Transportbehörden nicht weiter angeht. Sie haben es auf jeden Fall fertig gebracht, in Durban 2000 Mann auf dem Dampfer einzuschiffen. Man kann sich ungefähr vorstellen, was die Folge gewesen ist. Die Art und Weise, wie die 2000 Mann an Bord zusammengepackt waren, mußte die Disziplin natürlich schon vom ersten Tage ab vollständig lockern. Zum Unglück war dazu die Ueberfahrt sehr stürmisch, so daß die Leute fast ohne Ausnahme an der Seekrankheit gelitten haben, ohne dabei des schlechtesten Wetters wegen im Stande zu sein, sich an das Deck zu schleppen und auf diese Weise dem Gestank, der in den unteren Räumen herrschte, zu entweichen. Kein Wunder, daß sich alsbald Krankheiten zeigten. Nun hatte der Dampfer zwar ein Hospital, daselbe war indessen nur für 35 Kranke vorgesehen, während die Krankheitsfälle sich bald so stark vermehrten, daß zeitweilig nicht weniger als fünf verschiedene Krankenstationen auf dem Schiffe eingerichtet werden mußten. Und welcher Art sind diese gewesen! Ein miserabler Holzverschlag auf dem Verdeck hat beispielsweise zur Aufnahme von 15 notdürftig aus Ästen und dergleichen zusammengekehrten Betten dienen müssen. Das ganze „Hospital“ war so beschaffen, daß die armen Kranken bei jedem Regenschauer bis auf die Haut durchnäßt wurden. Und obendrein hat es sogar an den notwendigsten Arzneimitteln gefehlt. In diesem Zustand ist das Schiff in Albany (Westaustralien) eingetroffen. Hier haben zwar die Schiffsurge sofort sich besorgt und die Verbringung der erkrankten Mannschaften an Land verlangt; die dortigen Behörden haben dies Ersuchen aber abgelehnt, angeblich weil es an den nötigen Räumlichkeiten fehle und auch sonst keine Vorkehrungen für die Pflege so zahlreicher Patienten getroffen worden seien!

Die Viehzölle.

105. Sitzung der Zolltarif-Kommission.

Berlin, 24. September.

In der Generaldiskussion über die Viehzölle ergreift das Wort v. Wangenheim: Er, Redner, habe demnach seine Anträge aus der ersten Lesung wieder eingebracht. Nach einigen Sätzen über Waparineproduktion und Viehmast will Redner mit einigen Worten über die verhängnisvolle Fleischnot sprechen. Die Viehzucht sei im Fortschreiten und es sei nicht zu leugnen, daß gegenwärtig hohe Fleischpreise beständen. Aber das sei nicht den Viehzüchtlern zur Last zu legen. Wollte man die niederen Preise genehigen, müßte man auch mal die hohen in Kauf nehmen. Die Maul- und Klauenseuche sei milder aufgetreten als früher, aber mit der Öffnung der Grenzen erhöhe man sofort die Gefahr. Außerdem

nehme die Aufhebung der Grenzsperr den Schweinezüchtlern im Innern den Mut, die deutsche Zucht werde zurückgehen.

Sieg: Nach Stadthagens Rede sei er mit sich zu Räte gegangen, ob er zu denen gehöre, die das Volk absenden; zu der Erkenntnis sei er nicht gekommen, vielmehr sei er zu der Ansicht gelangt, daß er und diejenigen, die durch die hier beschlossenen Zölle einen wirtschaftlichen Ausgleich herbeiführen wollten, die größten Wohltäter des Volkes seien. Jetzt, da der Wotwucher nicht ziele, müsse die Fleischnot bestehen. Nur die Presse habe die Beunruhigung hinausgetragen. (Ruf: Macht sie die Preise?) Redner behauptet sodann, daß die Viehhändler durch Zurückhaltung von gekauftem Vieh die Preise in die Höhe treiben und macht Angaben über die Preise, die den Viehzüchtlern gezahlt werden. Die Fleischnotenerung gebe er zu, aber sie falle nur den Fleischhändlern und Händlern zur Last. Was der Landwirtschaftsminister gesagt habe, sei richtig, nur die Zahlen seien nicht ganz richtig. (Weiterkeit.) Der Minister habe als praktischer Mann, der Erfahrung besitze, geredet, er möge und dürfe die Maßnahmen der Grenzöffnung nicht ergreifen. Kohlenpreise und Wohnungsmiete seien wucherisch gestiegen, dagegen lehre man sich. In Bezug auf die Fleischpreise werde übertrieben, vorübergehend seien hohe Preise wünschenswert, dadurch habe der kleine Mann Vorteile, der Ferkel pflegend mit der Flasche anfänge und besser behandle, wie die Kinder, weil es sich um sein Kapital handle. Er freue sich über den Landwirtschaftsminister (Große Heiterkeit), der sich nicht beeinflussen lasse. Gebe man die Sperre auf, werde im Umkreise von vier Meilen alles Vieh entwertet. (Weiterkeit.)

Wachnick: Sieg habe ziemlich nervös und so agrarisch geredet, daß eine Veröffentlichung seiner Rede wünschenswert wäre. (Zustimmung.) Als Nationalliberaler habe er Herrn v. Wangenheim, den Völkler, übertrieben und Unwahrheiten ausgesprochen. Gegen die Fleischnot sei das Volk in hoher Erregung aufgetreten, auch gegen die Preissteigerungen werde dauernd Front gemacht. Die Regierung möge nur recht schnell alle Erhebungen machen, ohne die man wisse, daß der Auftrieb von Vieh geringer sei und auch die Schlachtungen zurückgegangen seien. Der Berliner Schlachthofdirektor habe geäußert, er könne sich einer solchen Schweineernte, wie sie heute vorhanden sei, überhaupt nicht erinnern. Was die Seuchengefahr anlangt, so würde diese von den Agrariern übertrieben, Fachmänner stellten fest, daß bei guten veterinärpolizeilichen Bestimmungen die Gefahr einer Seucheneinführung bei der Grenzöffnung vermieden werden könne. Die Sperre führe zu einer künstlichen Erhöhung der Preise, das habe Sieg bestätigt, indem er sagte, daß bei Aufhebung der Sperre das Vieh im Umkreise von vier Meilen völlig entwertet werde. Es sei unmöglich, die beschlossenen hohen Viehzölle durchzuführen, sie schäfen einen Konflikt mit Oesterreich-Ungarn und Rußland. Handelsverträge seien mit ihnen unmöglich zu erreichen.

Scheinrat Rapp erwidert Wachnick, er habe den Mangel an Vieh nicht zugestanden, dagegen habe er von der Preissteigerung gesprochen, die eine vorübergehende Erscheinung sei. Ferner habe er betont, daß die Grenzsperr in keinem oder nur in losem Zusammenhang mit der Fleischnot stehe.

Bayrischer Bundesrats-Bevollmächtigter v. Seyger kommt ebenfalls auf seine gestrigen Ausführungen zurück.

Heim meint, ein Schutzoll auf Vieh werde rasch erzieherisch auf die deutsche Viehzucht wirken. Insofern freue er sich, daß der Fleischnotrummel gekommen sei, denn er zwingt zu strengere Erörterung der Frage. Die Aufhebung der Grenzsperr werde hinsichtlich der Rindviehpreise keine Besserung bringen, das gebe die „Internationale Fleischzeitung“ zu, da der Preis für gutes Lebendvieh in Oesterreich ziemlich hoch stehe. Und in Rußland gebe es gar keine exportfähige Ware. Bezüglich der deutschen Viehzucht weise die Statistik nach, daß — außer den Schafen — der Viehbestand sich gehoben habe, der Zoll werde dies noch fördern. Bezüglich sei, daß der Fleischwert in Stuttgart 10 000 M. zur Agitation ausgemoren habe; der „rollende Rubel“ spiele in der Agitation gegen die Fleischnot eine große Rolle und die Preise werde beeinflusst. Die Seuchengefahr werde erhöht bei Aufhebung der Grenzsperr.

Landwirtschaftsminister v. Bobbelski antwortet auf die Frage, ob der Fleischbedarf für Deutschland durch die deutsche Viehzucht gedeckt werden könne, er beziehe sich zunächst auf die Anforderungen seines Kommissars. Dann giebt Redner Zahlen bekannt, wie viel importierte Tiere in den letzten Jahren von Seuchen befallen waren. Auf Drängen der deutschen Regierung habe die russische Regierung drakonische Ausfuhrmaßnahmen angeordnet, weil der russischen Regierung an dem Export viel gelegen war. Innerhalb 5 Tagen wurden die Tiere dreimal und vor Uebergang über die Grenze noch einmal untersucht. Seit dieser Zeit schien die Gefahr der Einschleppung von seuchenkranken Vieh so gut wie ausgeschlossen. (Hört! hört!) Durch Gänze wurden allerdings in diesem Jahre Seuchen herübergeschleppt. In der preussischen Monarchie gab es nur 5 Höfste in Olspreußen, wo Seuchen haften. Wenn wir also das Inland schützen, werden wir der Seuchengefahr Herr werden. Für die Reichslande kann ich keine Auskunft geben. Dem Reichstage will ich gern das ganze Material unterbreiten.

Graf Posadowski erweitert die Auskünfte des Landwirtschaftsministers und giebt zahlenmäßig die Viehpreise Englands und Oesterreich-Ungarns bekannt, die ebenfalls gestiegen seien. Ferner bestehe Fleischsteuerung in Spanien, Finnland und Belgien. Besonders die Schweinepreise seien im Laufe des Jahres 1901 in Wien, Paris, Rotterdam, Kopenhagen und in den Vereinigten Staaten gestiegen. Die Fleischsteuerung habe weltwirtschaftliche Ursachen, das möge mit in Betracht gezogen werden.

Bayrischer Bundesrats-Bevollmächtigter v. Seyger vertahrt die bayerische Regierung gegen den Vorwurf Heims, daß sie bezüglich der Maßnahme der Schlachfristverlängerung ein ungläubliches Entgegenkommen den Agitatoren gegen die Fleischsteuerung gezeigt habe; die Regierung sei durch die Verhältnisse dazu gedrängt worden.

Ein Schlußantrag beendet die Generaldebatte. Gemeinsame Specialdiskussion wird über die Positionen 99—107 eröffnet (Ferkel, Maulseuf, Rindvieh, Schafe, Ziegen, Schweine, Federvieh, Fleisch).

Die Socialdemokraten beantragen Zollfreiheit.

Herold behauptet, die Partei-Agitation habe sich außerordentlich der Fleischpreissteigerung bemächtigt, sonst wäre eine solche Beunruhigung nicht entstanden. Die Fleischpreise schwanken oft, die Regierung brächten den Konsumenten immer noch und nach bei, aber diesmal sei Lärm geschlagen worden. Die beschlossenen Zölle erster Lesung seien notwendig, um die Landwirtschaft zu schützen. Das Ausland habe das höchste Interesse an Handelsverträgen wie wir, es liege sich also trotzdem Wege zum Abschluß von Handelsverträgen finden. Dem Grundsatz: Handelsverträge unter allen Umständen — könne er, Redner, nicht folgen. Gabe man Mindestsätze für Getreide beschlossen, müßten sie auch für Vieh eingestellt werden; ohne diese sei der Tarif für ihn und seine Freunde unannehmbar.

Graf Posadowski: Handelsverträge um jeden Preis will niemand. Aber nachdem Deutschland in das System der Handelsverträge eingetreten sei, müsse es darin verharren. Ferner betont der Staatssekretär entschieden, daß für die verbündeten Regierungen der Zolltarif mit Mindestsätze für Vieh so wie mit den dazu in erster Lesung beschlossenen Zollsätzen unannehmbar sei.

Stadthagen: Die Situation ist heute die gleiche, wie die in erster Lesung, als der Staatssekretär eine ähnliche Erklärung abgab und Lohel damals meinte, man könne nach derselben die Verhandlungen abbrechen. Damals erklärten die Agrarier, ohne Mindestsätze sei der Tarif für sie unannehmbar, während die Regierung sie ablehnte. Die Erklärung Herolds sei für ihn, Redner, wertlos, denn seiner Zeit habe das Centrum feierlich erklärt, die bekannten Marinepläne seien für diese Partei unannehmbar, dann habe es doch bewilligt. Die Minderheit habe ihre Pflicht gethan und in der Zwischenzeit die Unmöglichkeit immer betont, mit dieser Wirtschaftspolitik zu einem guten Ende zu kommen. Die Behauptungen bezüglich der Notwendigkeit der Grenz-

sperr seien hinfällig, es sei nachgewiesen, daß Seuchen durch die Unreinlichkeit mancher Viehzüchter und Landwirte im Inlande entstehen. Herold sagte, könnten wir die Grenzsperr ewig behalten, bräuchten wir keine Viehzölle. Das beleuchte klar die Situation. Wieder habe man vom Saug der kleinen Landwirte geredet; dieselben werden jedoch durch die Zölle in vielen Beziehungen geschädigt. Nachdem Heim Futterzölle und andre den Kleinbauern ruinierende Zölle mit beschlossen habe, komme er nun und wolle dem Kleinbauer durch Viehzölle helfen. Das sei eine Täuschung der Kleinbauern. Nun sagt man, die Großgrundbesitzer fänden die hohen Fleischpreise nicht ein, sondern die Händler und Fleischer. Dem Publikum kann es gleich sein, wer sie einkaufen, es weiß, daß es zahlen muß und weicht sich dagegen. Uebrigens stimme die Abwälzung der Schuld an den hohen Preisen auf die Händler allein nicht. Allerdings sei bei einem schnellen Sinken der Schweinepreise der Preis für Schweinefleisch nicht entsprechend gesunken, das gebe er zu. Aber mit allen Mitteln betrieben die Agrarier die Steigerung der Preise; auf eine Steigerung der Viehzucht kommt es ihnen nicht an. Sollte der deutsche Markt nur deutsches Vieh konsumieren, so müßte eine Ausfuhrsperr beschlossen werden; er zweifle, ob Herold dem zustimmen würde. Der Landwirtschaftsminister habe sonderbare Berechnungen aufgestellt, nach denen das Lebendgewicht von Schweinen unter einem Jahr im Durchschnitt mit 85 Kilogramm, über ein Jahr mit 110 Kilogramm, das Schlachtgewicht unter einem Jahr mit 80 Kilogramm, über ein Jahr mit 125 Kilogramm angegeben. Stiermast würden also Schweine unter einem Jahr ausgeschlachtet 15 Kilogramm, über ein Jahr 6 Kilogramm schwerer sein, als im lebenden Zustande. Er bitte den Landwirtschaftsminister, bei seinen Berechnungen, die ja auch nicht stimmten, sich nicht an die Berechnung des Landwirtschaftsrats zu halten, denn ein Berliner Gemeindefleischer 1. Klasse könne besser rechnen, als dieser Landwirtschaftsrat. Sollen die Interessen der Allgemeinheit gewahrt werden, dann müßte man die Zölle beseitigen und eine rationelle Wirtschaft einführen, die zur Vergeßlichkeit führt. Schaffen Sie die Futterzölle und Getreidezölle ab, dann mühen Sie dem kleinen Landwirt hundertmal mehr, als Sie ihm durch Viehzölle angeblich helfen wollen.

Landwirtschaftsminister v. Bobbelski sucht die Berechnung des Landwirtschaftsrats zu erklären. Zu Lebendgewicht fügen die Ferkel mit drinnen. Redner kommt nochmals auf seine Ausführungen über die Seuchengefahr zurück.

Sittart (Centrums-Abgeordneter für Baden) bestreitet, daß Herold seine Bemerkungen über die Mindestsätze im Rahmen des Centrums gemacht habe, er habe für seine Person gesprochen. Redner erklärt, er persönlich mache seine Stellung abhängig davon, welche Rücksicht in Bezug auf die Grenzöffnung genommen werde. Die Fleischnot in Deutschland entprippe gegenwärtig nicht den Weltmarktsverhältnissen. Der Import betrage nur 5 Proz., macht sich aber doch sehr fühlbar, besonders in Grenzdistrikten. (Zur Regierung gewandt:) Öffnen Sie uns die Grenze wenigstens in dem Maße, wie in Schlesien, die Grenze, damit die größte Katastrophe beseitigt werde. Der Gesundheitsstand des Viehes sei in Holland ein äußerst günstiger, die Gefahr für die Einschleppung von Seuchen sehr gering. So wie es jetzt in Baden stehe, könne es nicht weiter gehen. Der Wegger bezahle im Stalle 50 Pfennig pro Pfund Lebendgewicht. Widersprüche, das erwidere er Stadthagen, beständen in seiner Partei nicht.

Ein Schlußantrag Heim wird abgelehnt.

Gamp sucht die Behauptungen Herolds zu erklären; ferner widerspricht er den Ausführungen Sittarts über die holländischen Verhältnisse. Die Wünsche für Baden könnten erfüllt werden, wenn die dortige Kommunalabgabe für Fleisch aufgehoben würde. Im Lauf von wenigen Monaten werden wir eine starke Ueberproduktion in Schweinen haben, die Preise werden also sinken. Handelsverträge mit den Zollländern der Regierungsvorlage für Vieh werden in diesem und dem nächsten Reichstage keine Zustimmung finden.

Graf Rantz: Als die Kollnoten herrschte, wurden viel weniger eindringliche Stimmen laut, als jetzt gegen die Fleischsteuerung. Die jetzige Lage gebe keine Veranlassung zu Ausnahmemaßregeln. In landwirtschaftlichen Kreisen konnte keine Ueberstimmung über die von Stadthagen monierte Verzollung von Futtermitteln erzielt werden. Der Großgrundbesitzer des Ostens habe allerdings ein andres Interesse daran, als der kleine Landwirt im Westen z. Redner äußert sich über die Seuchengefahr, ferner über die Einfuhr von Rindvieh aus Oesterreich. Es sei alles gesehen bezüglich der Grenzsperr, was gethan werden könne. Wenn der in-dustrielle Arbeiter 16 Tage für Zölle arbeiten müsse, wie behauptet worden sei, wie müßte da der Landarbeiter thun, wenn ihm ein Schwein fälle, dann bedeute das für ihn soviel, wie der Verlust von 150 Arbeitstagen. Der Posttarif sei die Hauptsache, die Handelsverträge Nebenfrage, das bemerke er zu den Ausführungen Posadowskis. Ein Handelsvertrag, wie der früher mit Oesterreich abgeschlossene, werde im Reichstage nie Annahme finden. Wie kommen wir Landwirte dazu, unsere Zölle herabschlagen zu lassen, damit die Industriezölle so günstig wie möglich gestellt werden können! Man mag die letzteren stellen, wie man will, aber die landwirtschaftlichen Zölle müssen höhere sein. Amerika kommt bei niederen Zöllen, wie sie hier erstrebt werden, in die Lage, Deutschland noch mehr mit Viehprodukten zu überflutten. Der Arbeiter soll billiges Brot, billiges Fleisch haben, überhaupt billige Konsumartikel, und dazu hohen Lohn, das ist nach meiner Meinung praktisch unvereinbar. Wenn der Arbeitsverdienst fehlt, nicht das billigste Brot und Fleisch nichts. Die Produktion muß durch Zölle gehoben werden, das kommt dem Arbeiter zu gute. Dazu seien die Beschlässe erster Lesung nötig.

Speck geht auf die früheren Handelsverträge ein. Redner erklärt, im Kreise seiner politischen Freunde bestehe nicht die Absicht, von Mindestsätzen der Zölle für Vieh und Fleisch abzugehen, die weit aus überwiegende Mehrheit seiner Freunde sei dafür, darin gebe er dem Abg. Herold recht. Er habe noch nie einen Wegger gesehen, der mit Verlust gearbeitet habe.

Graf Posadowski erläutert gegenüber dem Vordredner, der ihn mißverstanden habe, seine abgegebene Erklärung. Dem Grafen Rantz erwidere er, wenn ein Stand, die der landwirtschaftliche, gar kein Interesse daran habe, wie die Zollverhältnisse über Industrie-Produkte geregelt würden, dann zerfalle der Staat in Atome; diese Politik sei unmöglich.

Wachnick: Die Industrie könne nicht bestehen ohne Handelsverträge, und von dem Stande der Industrie sei auch die Landwirtschaft abhängig. Er begreife die Rantz'schen Behauptungen nicht. Nach der Erklärung Herolds, die von Speck noch besonders festgenommen worden sei, sei der Willkür des Centrums abgeschnitten. (Widerspruch v. d. Socialdem.) Dann sei es auch ausichtslos, hier weiter an dem Werke fortzuarbeiten.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Die Beschlässe 1. Lesung werden angenommen.

Kuch v. Wangenheim stimmt dafür.

Zu Position 114. Gefälzge Heringe, erstuft Herold, die Regierungsvorlage — 3 M. Zoll — wiederherzustellen.

Wolfsenbuhr: Es sind 3—4 Millionen Mark, die der Heringszoll bringe. Wie stimme es zu der Mittelhandelpolitik, die angeblich auch das Centrum betreibe, daß man diese vier Millionen den ärmeren und Mittelhandelskreisen abnimmt. Aus Zufall sei die Zollfreiheit nicht beschlossenen; es sei bezweifelhaft, wenn Mitglieder der Kommission aus Zufall für Zollfreiheit gestimmt hätten, wie Herold behauptete. Die Heringsfischerei habe keinen beträchtigen Zoll nötig. Englische Heringsfischer haben mit erheblich höheren Steuern zu rechnen als die deutschen Heringsfischer, die englische Konkurrenz sei also nicht zu befürchten. Schweden und Norwegen liefern nur 1/4 zur Heringszufuhr nach Deutschland, komme also auch nicht in Betracht. Forellen und andre teure Fische, die nur auf den Tisch des Reichthums kommen, gehen zollfrei ein, aber der Fisch des armen Mannes, der Hering, werde ver-teuert.

Graf Posadowsky tritt für Wiederherstellung der Regierungsvorlage ein.
Der Antrag **Herold** wird angenommen, die Zollfreiheit auf geringe beschränkt und 3 M. Zoll nach der Vorlage festgesetzt.

Zu Position 131, Milch und Rahm, beantragt **Herold** für Milch 4 Mark, für Rahm 20 Mark Zoll. Der Zoll sei nicht drückend für die Konsumenten. Er, **Redner**, beantrage jetzt eine Mark mehr gegen früher, aber in den Handelsverträgen könne auf 3 M. zurückgegangen werden, sobald sei zum Schutze dieses Produkts nötig.

Speck betont, daß die Landwirtschaft nur geringen Nutzen von dem Zoll habe. Man sollte der Agitation gegen landwirtschaftliche Zölle durch derartige Anträge nicht neue Nahrung geben. Aber weil dieser Zoll als handelspolitisches Kompensationsobjekt dienen könne, stimme er dafür. **Redner** beantragt Zollfreiheit für 5 Kilo Milch für Grenzbewohner.

Geheimrat Vermuth und der bairische Bundesratsbevollmächtigte **b. Geiger** treten für Wiederherstellung der Regierungsvorlage ein.

Stadhagen erörtert die zolltechnischen Schwierigkeiten. Das Centrum raube mit seinem Antrage den Zollbeamten die Nachtruhe und die **Sonntagsruhe**, denn die Milch erfordert sofortige Zollabfertigung, sonst verderbe sie. Die künstliche Verteuerung dieses notwendigen Nahrungsmittels habe den höchstschmerzhaften Charakter. Der beantragte Zoll betrage 40 Proz. des Milchpreises, bei Rahm gar ca. 100 Proz. Damit fördere man die Milchverfälschung, es sei also ein **Milchverfälschungszoll**.

Sahn tritt für den Antrag ein. **Müller-Sagan** wendet sich dagegen.

Der Antrag **Herold** wird abgelehnt, die Wiederherstellung der Regierungsvorlage beschlossen.

Die Abschnitte C, D und E werden ohne Diskussion angenommen.

Schluß 1/4 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 9 Uhr.

Aus Industrie und Handel.

Zur Erneuerung des Siegerländer Roheisen-Syndikats wird der **Rdn. Volksztg.** von sachverständiger Seite aus dem Siegerlande berichtet: „In den letzten Tagen wußte die **Rdn. Ztg.** zu melden, daß die Schwierigkeiten bezüglich der Verlängerung des Roheisen-Syndikats jetzt fast ganz geboben zu sein scheinen, indes der Abschluß des Vertrages voraussichtlich noch so lange sich hinziehen werde, bis auch der Vertrag innerhalb der rheinisch-westfälischen Gruppe des Roheisen-Syndikats erneuert und eine Verständigung mit demselben erzielt worden sei.“

Diese Meldung, welche jedenfalls die Wünsche der Zeitung des Syndikats wiedergibt, und deren Ursprung leicht zu erraten ist, stellt die Tatsachen vollständig auf den Kopf und hat in den großgewerblichen Kreisen des Siegerlandes nicht wenig überwacht, zumal es bekannt ist, daß die Schwierigkeiten betreffs einer Verlängerung des Roheisen-Syndikats gegenwärtig größer sind als zuvor. Die bisherigen Schwierigkeiten, welche bekanntlich in dem Streit gipfelten, den die **„reinen“** mit den **„gemischten“** Hochofenwerken wegen Anwendung des Selbstverbrauchs führen, scheinen vorläufig zurückgetreten zu sein; nunmehr sind aber neue Schwierigkeiten dadurch entstanden, daß die **Wirkbacher Hütte** ihren Wiederbeitritt versagt, während die **Agnesenhütte**, deren Beitritt von den anderen Hütten bedungen wird, entschieden abgelehnt hat. Die allgemeine Ungunst der Verhältnisse, insbesondere der durch den beispiellosen Niedergang des Schweißeiisengewerbes hervorgerufene Mangel an Roheisen-Anträgen hat die einmal vorhandenen Gegensätze wesentlich verschärft, so daß eine ganze Anzahl von Hütten, unzufrieden mit der Leistung des Syndikats und in der Voraussicht des doch in nicht ferner Zeit eintretenden Zusammenbruchs, es mit Freuden begrüßen würden, wenn das Syndikat nicht wieder zu stande käme. Bei dem großen Vorwuchs, welchen Roheisen infolge seiner Billigkeit und seiner allmählich verbesserten Beschaffenheit gegenüber dem teureren Schweißeiisen in den letzten Jahren gewonnen hat, ist es undenkbar, daß das Roheisen-Syndikat mit Erfolg noch weiter bestehen kann, um so weniger, als vorauszu sehen ist, daß bei dem verminderten und von den großen Stahlwerken durch eigene Erzeugung zu deckenden Verbrauch von Schweißeiisen die Syndikatshütten dauernd mit mindestens 50 Proz. Einschränkung arbeiten müßten.“

Laurahütte. In der heutigen, in Königschütte abgehaltenen Sitzung des Aufsichtsrats der Vereinigten Königs- und Laurahütte legte die Direktion den Abschluß für das Geschäftsjahr 1901/02 vor. Der Bruttogewinn betrug nach Deduktion aller Geschäftskosten und der Obligationenzinsen 6.243.444,26 M. Nach Absetzung der ordentlichen und außerordentlichen Abschreibungen von den Aufgewerten in Höhe von zusammen 3.000.314,81 M. verbleibt ein Reingewinn von 3.243.129,45 M., von welchem nach Abzug der statutenmäßigen Lohntienmen zusätzlich des Vortrages aus dem Vorjahre 3.062.902,97 M. zur Verfügung bleiben. Der Aufsichtsrat wird der am 20. Oktober stattfindenden Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 10 Proz. des Aktienkapitals an die Aktionäre und von dem verbleibenden Rest Zinsverbunden an die auf den Werken zu Gunsten der Beamten und Arbeiter bestehenden Pensions- und Unterstützungskassen aus Anlaß des 100jährigen Jubiläums der Königschütte in Höhe von 300.000 M., außerdem an mehrere andre Wohlfahrts-einrichtungen, Kirchen und Waisenhäuser in Höhe von 45.853 M. vorschlagen.

Rheinisch-Westfälisches Coak-Syndikat. Der Rheinisch-Westfälischen Zeitung zufolge wird nach einem Rundschreiben des Coak-Syndikats für Oktober eine Förderungsbeschränkung von 27 Prozent erforderlich. Bezüglich der am 1. Oktober notwendigen Umlage erscheint es geboten, zunächst die Umlage von 4 Prozent auf 6 Prozent zu erhöhen.

Russische Getreide-Ernte. Ueber den Ausfall der diesjährigen Ernte im europäischen Rußland wird amtlich mitgeteilt: Die Weizenernte übertraf den Durchschnitt der letzten Jahre; der Ertrag an Roggen übertraf den Durchschnitt ebenfalls das Mittel der letzten Jahre; die Haferernte fiel mittelmäßig aus; der Ertrag an Gerste war um einiges besser. Der Gesamtertrag der diesjährigen Weizenernte beträgt 810, der Roggenernte 1325, der Haferernte 750 und der Gerstenernte 375 Millionen Pud.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die **Röhrenmänner** haben ihren Arbeitsnachweis in der Gartenstraße wieder geöffnet. Dazu schreibt uns der Vorstand des Metallarbeiter-Verbandes:

Unbekannt ist uns diese Maßnahme nicht gerade gewesen. Da die Herren zweifellos davon eine andre Wirkung erwarteten, als sie tatsächlich erzielten, haben sie sich eben genötigt gesehen, die vor 14 Tagen getroffene Maßnahme wieder rückgängig zu machen. Selbst wollten sie eine große Aussperrung nicht vornehmen. Wir stehen uns nicht zu einem Generalstreik drängen und so war eben die Schließung des Nachweises ein Lustspiel, der uns keinen Schaden zufügte.

Es war uns auch nicht unbekannt geblieben, daß eine Reihe von größeren Firmen, die Arbeiter brauchten, während der Sperrung des Nachweises Leute ohne den Nachweis einstellten. Auch soll es nicht ohne Einfluß auf die schnelle Aufhebung des vor 14 Tagen gefassten Beschlusses gewesen sein, daß Herr **Röhrenmann** selbst Leute brauchte und für Herrn **Röhrenmann** war es denn doch nicht gut anständig, gleich verschiedenen Großbetrieben, den Beschluß zu umgehen.

Uebrigens ist für **Dreher** auch jetzt der Nachweis noch geschlossen. Herr **Röhrenmann** braucht jedenfalls keine **Dreher**.

Die **Radlappiger, Spanner und Plattenausseher** folgten in ihrer gestrigen kombinierten Versammlung den Beschluß, überall dort, wo die **Radlappiger, Luginos** und sogenannten **Rauharbeiter** nicht im Stundenlohn von 80 Pf. pro Stunde, sondern noch im Accord ausgeführt werden, heute, Donnerstag früh die Arbeit niedergulegen.

Die **Wiegler, Glas- und Messingglaser** befinden sich nunmehr schon seit vier Wochen im Streik. Es handelt sich für die Unternehmer nicht nur um Ablehnung unserer beschiedenen Forderungen, sondern sie wollen uns ihre Gewalt fühlen lassen. Ein großer Teil unserer Kollegen erhielt schon vor dem Streik 62 Pf., die übrigen mit wenigen Ausnahmen 57 Pf. die Stunde. Die Arbeitsnachweise hatten wir schon seit drei Jahren in unseren Händen, aber gerade um diesen handelt es sich bei den Unternehmern hauptsächlich. Bekanntlich hatten dieselben beschlossenen, ihren Bedarf an Leuten nur durch den Nachweis der Innung zu beziehen, und dieser Beschluß wurde gerade von den größeren Firmen in letzter Zeit strikte zur Durchführung gebracht, so daß man beobachten konnte, wie gerade zu der Zeit, als die Arbeitslosigkeit in Berlin eine erschreckende war, in den Fachblättern fortwährend verurteilt wurde, Leute von außerhalb heranzuziehen. Um diesen Zustand zu beseitigen, stellten wir an den Unternehmerverband die Forderung auf Anerkennung unseres Arbeitsnachweises.

Laut Beschluß vom September 1900, welcher außer von uns noch von 7 Herren der Lohnkommission des Arbeitgeberverbandes, den Herren **Karl Jost, Otto Vitalis, Jof. Scheerer, Paul Förster, Didden u. Busch, Georg Engel** und Herrn **Koivotni** unterzeichnet ist, mußten nunmehr die beiderseitigen Kommissionen verhandeln. Das geschah aber nicht. Wir wurden, anstatt zur Verhandlung geladen zu werden, von dem Vorsitzenden, Herrn **Georg Köhlich**, und dem gar nicht gestraften Herrn **Obermeister** der Innung rundweg abgewiesen und uns zur regen Benutzung der Glaser-Innungsnachweise empfohlen.

In der vierten Woche befinden sich unsere Kollegen nunmehr im Kampf. Die Begeisterung ist trotz der begreiflichen Entbehrungen größer als zu Anfang. Die Herren Unternehmer suchen in der letzten Nummer des **„Diamant“** Leute in Massen. Wir bitten alle Kollegen, sich nicht verlocken zu lassen und uns nicht in den Rücken zu fallen, sondern uns nach Kräften in jeder Weise zu unterstützen, denn unser Sieg ist auch Euer Sieg. Alle Anfragen und Sendungen sind an unterzeichnete Kommission zu richten. Wir bitten dringend alle arbeitserfreundlichen Blätter, insbesondere die von Süddeutschland, der Schweiz, sowie von Oesterreich und Ungarn um Abdruck. Die Lohnkommission der **Wiegler, Glas- und Messingglaser** **Sollmannstr. 33, Restaurant Genfel.**

Die **Lohnkommission der Bauarbeiter** schreibt uns:

Die Arbeitsverhältnisse auf den Neubauten der städtischen **Irrenanstalt** in **Buch** wurden schon im vorigen Jahr in der **Berliner Stadtverordneten-Versammlung** besprochen. Besonderen Anlaß zur Kritik boten die niedrigen Löhne, welche der Unternehmer **Lindner** den Bauarbeitern zahlte, denn die Folge dieser schlechten Entlohnung war die, daß die Bauten oft wegen Arbeitslosigkeit still liegen mußten. Den sozialdemokratischen Stadtverordneten, welche diese Verhältnisse zur Sprache brachten, wurde von gegnerischer Seite vorgehalten: Die **Berliner Arbeiter** hätten ja nicht nötig, in **Buch** zu arbeiten, es gäbe in der Umgegend von **Buch** Leute genug, die mit den dort gezahlten Löhnen zufrieden wären. Das ist jedoch, wie an einem Beispiel gezeigt werden kann, durchaus nicht der Fall.

Zwei Firmen, die in **Buch** Bauten aufzuführen, beschäftigen fast nur Arbeiter aus der dortigen Gegend, aber auch diese Arbeiter sind mit Recht unzufrieden mit den geringen Löhnen, welche die Firma **Lindner** zahlt. Da alle Vorstellungen um Aufbesserung der Löhne keinen Erfolg hatten, so haben die Betroffenen am 8. d. M. die Arbeit eingestellt. Dasselbe ist bis jetzt noch nicht wieder aufgenommen, weil Herr **Lindner** keinen Erfolg für die Streikenden finden konnte. Die **Bauarbeiter**, welche bisher einen Stundenlohn von 35 Pf. bekamen, beanspruchen 40 Pf., und die bisher mit 45 Pf. entlohnerten Träger fordern 50 Pf. Herr **Lindner** erklärt, seine Abschlüsse mit der **Stadt Berlin** gestatten ihm nicht, die geforderten Löhne zu zahlen. Es wäre doch wünschenswert, wenn einmal an zuständiger Stelle untersucht würde, ob die Behauptung des Herrn **Lindner** auf Wahrheit beruht, und ob er wirklich so niedrige Preise bekommt, daß er in solcher Weise die Löhne drücken muß. Glaubhaft erscheint es nicht, denn die Firma **Schneider** aus **Frankfurt** und **Buchholz**, die ebenfalls an der Bauausführung in **Buch** beteiligt ist, zahlt anstandslos die von den Arbeitern geforderten Löhne. Was diese Firma kann, das muß doch der Herr **Lindner** auch möglich sein. Es ist dringend zu fordern, daß die städtische Verwaltung in Zukunft bei der Vergabe von Bauarbeiten nur solche Unternehmer berücksichtigt, die nicht Lohn-drückerei treiben, um konkurrenzfähig zu sein. Diese Forderung ist umsomehr gerechtfertigt, als durch den berechtigten Ausstand der **Bauarbeiter** auch die Handwerker zum Stillstand gezwungen sind. Im vorliegenden Fall sind mehr als 40 Maurer und eine Anzahl Steinmeyer durch den Bauarbeiterstreik arbeitslos geworden. Grund genug, daß sich die bauausführende Behörde um diese Angelegenheit kümmert.

Radler! Bei der Firma **Heinze** in **Lichtenberg** sind wegen Lohnabzuges in Höhe von 10 Proz. Differenzen entstanden. Zugun von **Radlern** ist streng fernzuhalten. Das Streikobjekt ist ein Drahtgarn, 2 Meter hoch, 180 Meter lang, für das Gesundheitsamt in **Charlottenburg**. Bei der Vergabe dieser Arbeit hat die Firma **Heinze** 7 M. pro Quadratmeter gefordert. Zwei andre Firmen forderten 11 M. und 10,50 M. pro Quadratmeter. Wenn sich so die Unternehmer unterbieten, ist es kein Wunder, wenn den Kollegen **Abzüge** gemacht werden.

Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Achtung! Formel! Die Kollegen von **Grumauer** haben die Arbeit niedergelegt. Zugun fernhalten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Die **Aussperrung der Klempner Hamburg** ist durch deren Organisation am Dienstag als beendet erklärt worden, jedoch ist der Zugun von **Klempnern, Metallrüdern, Installateuren** und **Polierlegern** nach **Hamburg** noch fernzuhalten, da noch 110 an der Aussperrung beteiligte arbeitslos sind. Jeder Versuch der Arbeitgeber, den vor zwei Jahren anerkannten Lohnstarif zu durchbrechen, soll zurückgewiesen werden. Die **Aussperrung** hat 14 1/2 Wochen gedauert.

Ausgesperrt haben die vereinigten **Aluminiumschlaggermeister** von **Münberg, Fürtz** und **Schwabach** ihre sämtlichen Schiffe und **Beschneiderinnen**.

In der **Riffenfabrik von Robert Vahr** in **Leipzig** ist dem Arbeitgeber von den dort beschäftigten Gehilfen ein Lohnstarif unterbreitet worden, der jedoch mit dem Bemerkten abgelehnt worden ist, daß lieber die ganze Fabrik leer stehen könnte. Die Gehilfen haben hierauf die Arbeit eingestellt.

Die **Verschmelzung der beiden Textilarbeiter-Organisationen** (**Deutscher Textilarbeiter-Verband** und **Niederdeutscher Weberverband**) ist, wie unsere Leser wissen, auf der General-Versammlung des letzteren Verbandes beabsichtigt worden gegen den Widerpruch einer starken Minderheit. Bekanntlich bezeichnet die Opposition im **Niederdeutschen Weberverband** den Beschluß der Generalversammlung als nicht dem Statut entsprechend. Wie uns aus **Arsfeld** geschrieben wird, hat sich am vergangenen Sonntag die Opposition auf einer Konferenz, welche von einer Anzahl **Faktoren** befehligt war, wieder als **Niederdeutscher Weberverband** konstituiert. Man hat auf dieser Konferenz einen neuen Hauptvorstand gewählt und die Herausgabe eines neuen Fachorgans beschlossen. Gleichzeitig soll gerichtliche gegen einen der Vereinsbeamten, welcher sich weigert, Kasse und Vereinsunterlagen, die er im Besitz hat und welche er am 1. Oktober dieses Jahres an den **Textilarbeiter-Verband** abliefern wollte, vorgegangen werden.

So hat also der Verschmelzungsbeschluß nicht die gewünschte, für die beteiligten Arbeiter so notwendige Einigung zur Folge gehabt. Es scheint, als sollten die Organisationsstreitigkeiten unter den **Webern** am **Niederrhein** ärger werden als zuvor. Das ist gerade im Interesse der betreffenden Arbeiter lebhaft zu bedauern.

Die **Schneider in Rempten** befinden sich in Differenzen mit den Arbeitgeberern. Es handelt sich um einen bedeutend reduzierten Lohnstarif, der von seiten des dortigen Arbeitgeberverbandes den Gehilfen vorgelegt wurde. Der Tarif sollte am 22. d. M. in Kraft treten. Nach einem Bericht der betreffenden Arbeiter soll der wöchentliche Lohnausfall bei eventueller Einführung dieses famosen Tarifs 5 bis 6 M. betragen.

Ausland.

Mohrlegerstreik in Schweden. Die **Mohrleger** in **Göteborg** haben die Arbeit niedergelegt, weil die Unternehmer sich weigern, auf eine geringe Lohnerhöhung einzugehen. Die Unternehmer haben sich gegenseitig verpflichtet, nicht mehr als 33 Dore Stundenlohn zu zahlen.

Textilarbeiterstreik in Schweden. In **Göteborg** haben 800 bis 900 Arbeiter und Arbeiterinnen der **Spinnerei-Abteilung** der **Samtstufens Fabrik** wegen Maßregelung eines ihrer Kollegen die Arbeit eingestellt.

In **Como** und den umliegenden Orten dauert der Streik der **Webler** fort; mit **Como** stehen noch 28 Ortschaften im Streik. In 6 Dörfern haben die Streikenden, beinlufst von den Priestern, die Arbeit wieder aufgenommen.

Versammlungen.

Der **Wahlverein des sechsten Kreises** hielt am Dienstag bei **Bernou, Schwedterstraße**, seine regelmäßige Versammlung ab. Dasselbst sprach **Genosse M. Schütte** über das Leben und Treiben, sowie das traurige Ende der beiden **Polizeipolier Lessing** und **Solff**. Eine Diskussion schloß sich an den beifällig aufgenommenen Vortrag nicht an. Unter **„Verschiedenes“** erinnerte der Vorsitzende **Krondsee** an die am 7. Oktober stattfindende **Generalversammlung**, in welcher die **Verichterstattung** von der **Provinzialkonferenz** und dem **Parteitag** zu erfolgen hat. Ferner ermahnte er die Anwesenden, noch mehr wie bisher für die **Verbreitung des „Vorwärts“** zu wirken und in Anbetracht der kommenden Wahlen eine rege Agitation im engeren Kreise zu betreiben.

Die **Gravenre und Ciseleure** hielten ihre ordentliche Versammlung am 18. September ab. In derselben sprach **Brückner** über unsere Stellungnahme zu den **Industrieverbänden**. Er trat für eine bedingte Aufnahme der **Gold- und Silberarbeiter** in unsern Verband ein und empfahl eine entsprechende Resolution, welche jedoch abgelehnt wurde. Eine vom Kollegen **Siemer** gestellte Gegenresolution, welche die Aufnahme der genannten Berufs Kollegen in unsern Verband einschloß, wurde mit **übergroßer Mehrheit** angenommen.

Steglich. In einer am Sonntag abgehaltenen öffentlichen Versammlung erläuterte der **Obmann** Bericht über die Tätigkeit der hiesigen **Gewerkschafts-Kommission** der **Bauarbeiter-Schutz-Kommission**. Das finanzielle Ergebnis der letzteren war folgendes: Im Jahre 1901 betrug die Einnahme 802,84 M., die Ausgabe 686,73 M.; während im laufenden Jahre bis jetzt 550,00 M. eingenommen und 405,94 M. ausgegeben wurden. Von der **Schutzkommission** wurden der **Polizei** behörde in ca. 30 Fällen Mitteilung von Mängeln auf Bauten gemacht, worauf stets sofort **Hilfe** geschaffen wurde. Auf's schärfste gerügt zu werden verdient jedoch die **polizeiliche Praxis**, dem **Unternehmer** den Namen des **Beschwerdeführers** zu nennen. Die **Polizei-Organ** scheinen nicht zu bedenken, daß dadurch den betreffenden Personen wirtschaftliche Nachteile zugefügt werden. Der Punkt der Tagesordnung: **Neuwahl des Obmannes**, der durch **Antwandsigkeit** des **Genossen Döring** veranlaßt war, erledigte sich nach längerer Debatte dadurch, daß der bisherige **Obmann** sich bereit erklärte, sein Amt bis zum Jahresabschluss weiter zu verwalten, nachdem die Versammlung ihm ihr volles Vertrauen ausgesprochen hatte. — Aus der Mitte der Versammlung wurden die **Lohn- und Arbeitsverhältnisse** in der **Gärtnerei von Mey** einer Kritik unterzogen. Die Firma zahlt bei eifrigerer Arbeitszeit einen Tagelohn von 1,50 M., und für diesen Tagelohn müssen sich die Arbeiter noch eine **Behandlung** gefallen lassen, die durchaus nicht anständig genannt werden kann.

Friedrichshagen. Der **Arbeiter-Bildungsverein** hielt am 20. d. M. seine Mitgliederversammlung ab, in welcher als erster Punkt der Tagesordnung behandelt wurde: **Welche Maßnahmen hat die Gesundheits-Kommission zur Herbeiführung besserer sanitärer Verhältnisse im hiesigen Orte getroffen?** Von sämtlichen eingeladenen **Kommissionsmitgliedern** war nur **Genosse Sonnenburg** erschienen, welcher in ausführlicher Weise die Aufgaben und Tätigkeit der **Kommission** darlegte. Es wurden von 231 beschäftigten **Grundstücken** 232 als den **polizeilichen Vorschriften** nicht genügend befunden und circa 400 **Kasserforderungen** erlassen. Hierauf berichtete **Kronum** als **Delegierter** von der **Kreis- und Provinzialkonferenz**.

Unter **„Verschiedenes“** teilte **Sonnenburg** mit, daß die **letzte Gemeindevertreter-Sitzung** den von unsren Genossen und andren Vertretern gestellten Antrag betreffend **Stellungnahme der Gemeindevertretung zur Aufhebung des Vieh- und Fleisch-Einfuhrverbots**, ohne ihn gehört zu haben, als nicht in den Rahmen der **Gemeinde-Aufgaben** gehörig, einfach mit **Uebergang zur Tagesordnung** erledigt hat. Vorher hatte man einen Antrag eingebracht, **sämtlichen Bureaubeamten, Gemeindevorsteher** mit einbezogen, **20 Proz. Gehaltszuwage** zu bewilligen, weil die **Wohnungsnieten** und **Lebensmittel** jetzt so teuer sind. Bei den **Arbeitern** der **Gemeinde** war man noch nicht so fest überzeugt, daß sie unter der jetzigen **Kalamität** zu leiden hätten, da hat man erst in **Ausflucht** gestellt, daß man demnächst eine **Kaufstellung** vorlegen werde, wonach der **fürgehliche Lohn** aufgebessert werden könnte. Der Antrag betreffend der **Gehaltssteigerung** wurde einem **Ausschuß** überwiesen, und wird da von unsren Genossen die richtige **Würdigung** erhalten.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Sverdrups Nordpol-Expedition.

Kristiana, 21. September. (W. T. U.) **„Nordenposten“** meldet: **Sir Clements Mackam**, der **Präsident** der **Britischen Geographischen Gesellschaft**, hat an **Dr. Hans Reusch** ein Schreiben gerichtet, in welchem er **Sverdrups Expedition** als die glücklichste und beste **arktische Expedition** zur **Unternehmung** von **Land** bezeichnet und meint, die **Expedition** werde die wertvollsten Ergebnisse haben, die jemals von einer solchen **Expedition** seit **Franklin** errichtet worden seien. Die **Expedition** **Sverdrups** und **Jacobsens** umfaßten zusammen **372 Meilestage**, in welcher sie **3000 englische Meilen** zurückgelegt und **1500 Meilen** neuerdeutliches **Land** durchquert hätten. Außer diesen **Expeditionen** seien noch andre wichtige **Reisen** unternommen worden. **Sverdrup** habe **Kane, Hayes, Gall, Greely** und **Baldwin** überflügelt.

Murburg, 21. September. (W. T. U.) Die **„Deutsche Landeszeitung“** meldet, hat **Professor Orib-Göttingen** gestern die **Versicherung** nach **Berlin** als **Raschfolger** **Rudolf Birchows** angenommen.

Wien, 21. September. (W. T. U.) Die **Verantungen** über den **Ausgleich**, an denen die **beiderseitigen Ministerpräsidenten** und die **Deportminister** teilnahmen, dauerten heute von **10—11** und von **4—5** Uhr. Am **Vormittag** wurde über den **autonomen Posttarif** und am **Nachmittage** über **finanzielle Fragen** verhandelt. Die **Konferenzen** werden morgen fortgesetzt.

Commentry, 21. September. (W. T. U.) Dem hier tagenden **Kongreß** der **französischen Grubenarbeiter** ging heute **nachmittags** aus **Dorignies** die **telegraphische Mitteilung** zu, daß dort **3000 Grubenarbeiter** in den **Ausstand** eingetreten sind.

Brüssel, 21. September. (Frankf. Ztg.) Die **Arbeiter** der **Gasindustrie** lehnten die **Forderungen** der **Arbeitgeber** ab. Der **Streik** zum **1. Oktober** ist damit **unvermeidlich** geworden.

Peking, 21. September. (Meldung des „Reuterischen Bureau“.) **Vicelkönig Lieng** mit zwei **Bataillonen** **Schani-Garde** traf anherbalb der **Mauern** von **Tschengtsu** auf die **Weyer** und **schlug** sie. Das **chinesische** **Auswärtige Amt** erklärt, dies **militärische** **Vorgehen** gegen die **Rebellen** **stöße** auf **keinen** **ersten** **Widerstand**.

Partei-Nachrichten.

Webel in Nürnberg. Am Dienstag sprach Genosse Webel in Nürnberg vor einer von mehr als 6000 Personen besuchten Versammlung über die sozialpolitische Lage in Deutschland. Unser Parteiführer wurde bei seinem Eintritt in den Saal mit stürmischen Hochrufen empfangen und mit einem von Arbeiterkämpfern gesungenen Märschchor begrüßt. Webel nahm alsdann das Wort und schilderte in längerer Rede, häufig von stürmischen Zustimmungsrufen und Beifallsrufen unterbrochen, die gegenwärtige Situation in Deutschland. Er behandelte hauptsächlich die herrschende Wirtschaftskrise, die Frage, was aus unserer Handelsvertrags- und Zollpolitik werden solle, und die chronisch gewordene Plebsfrage, und forderte schließlich zum energischen Protest gegen die gegenwärtigen unhaltbaren Zustände auf, was am wirksamsten bei den nächsten Reichstags-Wahlen durch eine kolossale Verneinung der Abgabe socialdemokratischer Stimmzettel geschehe. Gegner meldeten sich trotz Aufforderung nicht zum Wort. Die Rede Webels war von ungeheurer agitatorischer Wirkung.

Totenliste der Partei. Einen braven Kämpfer verloren die Chemnitzer Parteigenossen in der Person des Schmiedes R. M. Werner. Während des Ausnahmegerichtes hat der Verstorbenen unter den schwierigsten Verhältnissen an dem Parteileben regen Anteil genommen. Die Genossen betrauten ihn mit verschiedenen Ehrenämtern; unter anderem war er von 1888 bis 1890 Mitglied des Alt-Chemnitzer Gemeinderates; sein Mandat erfolgte, als er sich im letztgenannten Jahre unfähig machte. Bis 1894 war es ihm noch vergönnt, mit vollen Kräften für die Partei tätig zu sein. Da wurde er von einer ebenso langwierigen als hartnäckigen Krankheit heimgesucht, einer Krankheit, von der ihn jetzt nach achttägigem Leiden endlich der Tod erlöset hat. Wie treu Genosse Werner zur Partei stand, beweist auch die Tatsache, daß er trotz seiner Krankheit im Jahre 1897 sich bereit erklärte, die Kandidatur als Stadtverordneter anzunehmen. Er wurde als Ergänzung gewählt und 1898 bis 1899 eingezogen. Als die Wahlverschlechterung erfolgte, war seiner Tätigkeit ein Ziel gesetzt.

Das zehnte socialdemokratische Organ Hollands. Unter dem Titel „De Voorpost“, Arbeiter-Wochenblatt für Jaan und Limburg, ist dieser Tage die erste Nummer einer neuen socialdemokratischen Zeitung, der zehnten in Holland, erschienen. Redacteur des Blattes ist M. Wendels.

Sociales.

Zur Krankenversicherung der Heimarbeiter.

Bekanntlich plant der Bundesrat die endliche Einbeziehung der Heimarbeiter in ganz Deutschland in die Krankenversicherung. Nach dem von ihm ausgearbeiteten Entwurfe, der zur Zeit noch den Regierungsbehörden zur Begutachtung vorliegt, sollen vernünftigerweise die eigentlichen Unternehmer, also zum Beispiel in der Konfektionsbranche die Konfektionäre, die Unternehmerbeiträge für die Versicherten zahlen und dafür hoffen, und nicht der Zwischenmeister. Das ist nicht nur insofern gerecht, als diese ja auch in der That die wirklichen Unternehmer sind, es ist auch der einzige Weg, die Krankenkassen vor vielfachen Verlusten zu schützen und die Versicherung der Heimarbeiter praktisch durchzuführen. Den Herren Konfektionären paßt das aber nicht. Es haben deshalb die Berliner Konfektionäre am Dienstag folgende Ansprüche beim Bundesrat erhoben, auf die dieser hoffentlich nicht eingehen wird:

- 1. Feststellung einer Einkommensgrenze, über welche hinaus die dem Arbeitgeber der Hausindustriellen auferlegte Versicherungspflicht aufhört, und letzterer dann als selbständiger Unternehmer die Kosten für seine Hilfspersonen zu tragen hat. 2. Festlegung dieser Einkommensgrenze durch Orts- oder Kreisrat unter Zugrundelegung der Lebensbedürfnisse und der Lebenshaltung der besser situierten Klein- und Mittelbetrieblenden und Handwerker in den einzelnen Hausindustrie-Bezirken Deutschlands. 3. Gerechte Verteilung der Beitragleistung auf die einzelnen Arbeitgeber der zu versichernden Hausgewerbetreibenden und ihrer Hilfspersonen nach Prozentsatz des tatsächlich gezahlten Lohnes. 4. Von der Haftung der Arbeitgeber der Hausgewerbetreibenden für die Kostenbeiträge der letzteren und der Anmeldung ihrer Hilfspersonen ist abzusehen; das auf den Arbeitgeber fallende Drittel des Versicherungsbeitrages ist vom Hausgewerbetreibenden direkt zu zahlen.

„Alle guten Geister“. Dem internationalen Arbeiterschutze kann es nun nicht mehr fehlen, der hl. Vater hat der „Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz“ den erbetteten Segen erteilt. In dem offiziellen Bericht über die Versammlung dieser Vereinigung am Dienstag wird mitgeteilt:

„Es wurde sodann ein Schreiben vom Kardinal Rampolla vom 17. September 1902 an den Vorsitzenden der Internationalen Vereinigung verlesen, welches mitteilt, daß der Papst mit Interesse den Bericht über den ersten Kongreß der Vereinigung in Basel vernommen und gern den Wunsch erteilt, einen Delegierten des h. Stuhles mit der Teilnahme an den Beratungen des Komitees zu beauftragen. Hierzu sei Graf Eduard Soderini, Geh. Kammerherr Sr. Heiligkeit, ernannt. Das Schreiben schließt: „Der hl. Vater zweifelt nicht, daß Ihre Vereinigung wie bisher so auch in Zukunft ihr Bestes thun wird, um die Lage der Arbeiter zu bessern, welche ihm so sehr am Herzen liegt.“

Graf Soderini: Das große Interesse des Papstes an den sozialen Bestrebungen sei bekannt. Sr. Heiligkeit freute sich, daß sich in dieser Vereinigung so viele Männer aus den verschiedenen Staaten zusammengefunden, um diese Bestrebungen zu fördern, und hoffe für dieselben aus dieser Vereinigung einen glücklichen Fortgang.“ Amen!

Ueber die Verhältnisse der „Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz“ wird gemeldet, daß das Reglement für das geplante internationale Arbeitsamt festgesetzt wurde, das in den Hauptzügen besagt: Das internationale Arbeitsamt ist ein wissenschaftliches Institut. Es hat die ihm durch das Statut der Internationalen Vereinigung beziehungsweise die ihm auf Grund des Statutes durch das Komitee der Vereinigung zugewiesenen Aufgaben durchzuführen. Das internationale Arbeitsamt wird den Charakter strengster politischer Neutralität wahren. Des weiteren wurde ein Beschluß gefaßt, worin die Versammlung das Verbot der Nachtarbeit für Frauen grundsätzlich für gerechtfertigt erklärt und eine Kommission beauftragt, diesen Verbot Geltung zu verschaffen. Ferner gelangte eine Erklärung zur Annahme, in der die Einsetzung einer Kommission beschlossen wurde, die Mittel und Wege suchen soll, um ein die gesundheitsschädigenden Wirkungen des Phosphors und des Bleiweißes beherrschende Einschränkung der Verwendung des weißen Phosphors und des Bleiweißes herbeizuführen, und die den Gebrauch des Bleiweißes soweit als möglich unterbinden soll. Das Bureau soll dahin wirken, daß die Staats- und Gemeindebehörden bei den von ihnen zu vergebenden öffentlichen Arbeiten die Verwendung des Bleiweißes gänzlich verbieten.

Die Kontraktbruch-Strafe.

Als zweifelhafte Waffe mußte ein hiesiger Unternehmer die Kontraktbruch-Strafe kennen lernen. Der Eisereifenfabrikant Riegmann hatte mit der Passamentierin-Arbeiterin G. eine vierwöchentliche Kündigung vereinbart mit der Bestimmung, daß der Kontraktbrüche eine Konventionalstrafe von 500 Mark zahlen

solle. Das war am 20. August. Am 26. August verließ Fräulein G. die Arbeit, um ein vorteilhafteres Arbeitsverhältnis mit einem Herrn Cohn einzugehen. Dies verbotene Riegmann, indem er Cohn von der Verpflichtung der G. ihm gegenüber Mitteilung machte und die Nichtbefolgung des Fräuleins verlangte. Nun stellte sich Fräulein G. Herrn Riegmann am 30. August wieder zur Verfügung. Als sie eine Stunde gearbeitet hatte, kam Riegmann ins Geschäft und entließ sie, weil er glaubte, wegen eines Briefes von ihr nicht mehr mit ihr arbeiten zu können. Auch verwies er sie auf den Ausgang einer Klage, die er wegen Kontraktbruchs beim Gewerbegericht angehängt hatte. Er verlangte die 500 M. Konventionalstrafe.

Auf dem Gewerbegericht in der Verhandlung vor der Kammer II wurde dem Kläger vom Vertreter der Beklagten, dem Genossen A. Ahrens, sowie auch vom Vorsitzenden vorgehalten, daß er doch nun die Beklagte hätte beschäftigen müssen, nachdem sie sich ihm am 30. August wieder zur Verfügung gestellt hatte. Da sich die Beklagte bereit fand, noch 3 bis 4 Tagen der Abwesenheit den Vertrag zu erfüllen, konnte Kläger höchstens den Schaden ersetzt verlangen, der ihm durch die Abwesenheit der Beklagten vom 26. August bis zum 30. August erwachsen sei.

Der Kläger wollte einen großen Schaden erlitten haben durch das Wegbleiben der Arbeiterin, war jedoch nicht im Stande, einen Schaden nachzuweisen. Der Brief des Fräulein G., der verlesen wurde, enthielt keinerlei Beleidigungen.

Dagegen drehte nun der Vertreter der Klägerin den Spiegel um und beantragte, den Unternehmer wegen Kontraktbruchs zur Zahlung der vereinbarten Entschädigung von 500 M. an die Klägerin zu verurteilen. So entschied das Gericht auch.

Es ging von der Erwägung aus, daß der Kläger einen Schaden hätte nachweisen müssen, da sich die Beklagte noch einigen Tagen wieder zur Verfügung gestellt habe und deshalb nicht davon die Rede sein könne, ihr die Konventionalstrafe aufzuerlegen. Kläger habe auch keinen Grund gehabt, die Beklagte am 30. August nicht wieder zu beschäftigen, denn in dem Briefe sei eine große Beleidigung nicht enthalten. Habe er aber die Beklagte, als sie sich zur Verfügung stellte, unredlich nicht weiter beschäftigt, so sei das unzulässig ein Kontraktbruch seinerseits und die Beklagte und Widerklägerin könne die 500 M. Konventionalstrafe beanspruchen.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Fünfter Reich. Heute Abend 8 1/2 Uhr spricht im Alten Schützenhaus, Vinsenerstr. 5, Krankenassen-Mendant Genosse Albert Kohn über das Thema „Wohnungselend und Krankenkassen“. Gäste, besonders Frauen, sind erwünscht. Zahlreiche Beteiligung erwartet.

Der Vorstand des Wahlvereins.

Die Expedition des „Vorwärts“ für Rosenhaller Vorstadt und Gesundbrunnen befindet sich vom 1. Oktober ab Brunnenstr. 93, Hof parterre links.

Rahsdorf bei Friedrichshagen. Sonntagnachmittag 2 Uhr findet bei Witte eine Vollsversammlung statt. Die Genossin Frau Hedwig Kiesel spricht über das Thema: „Die Lebensmittelpreise und das notleidende Volk.“

Lokales.

Ein Kampf um Virchow's Leichenbegängnis

Ist in der evangelischen Kirche entbrannt. Virchow war Atheist, was den Prediger Kirmh nicht hinderte, sich des nach rechtgläubiger Anschauung unzweifelhaft Verdammten liebevoll anzunehmen und bei der Leichenfeier im Rathaus den Wunsch auszusprechen, daß der Entschlafene von der irdischen zur himmlischen Unsterblichkeit, zu dem Vater der Geister, zu dem Urquell des Lichts und der Wahrheit eingehen möge. Auch der Domchor setzte sich über seine Rechtgläubigkeit in christlicher Liebe hinweg und sang in Hinsicht auf Virchow: Selig sind die Toten, die in dem Herrn sterben.

In dem Herrn ist Virchow nun aller Wahrscheinlichkeit nach mit nichten gestorben. Wie viele andre so ist auch ein Pastor Julius Koch dieser Ansicht. Ganz folgerichtig macht der Geistliche in einer Monatschrift, dem Nachrichtenblatt des Parochialvereins der Samariter-Kirchengemeinde, nun seinem Unmut über die Inkonsequenz seines Amtsrubers Luft.

Herr Pastor Koch erinnert zunächst deutlich an Virchow's Ausspruch, daß er Tausende von Leichen seziert, dabei aber keine Spur der menschlichen Seele gefunden habe. Ebenso weist der Geistliche auf eine Rede hin, die Virchow am 8. März 1896 im Abgeordnetenhaus über religiöse Dinge gehalten hat. In einer Polemik gegen Stöder sagte Virchow damals, daß er das apostolische Glaubensbekenntnis nicht als den Ausdruck geoffenbarter Wahrheit anerkenne, daß die kirchlichen Synoden sich zu einer wirklichen Veräußerung eines großen Teils des Volkes entwickelt hätten und daß der Glaube an den Himmel der alten Juden, der sich fortgepflanzt habe in die moderne Vorstellung verschiedener Kirchen, mit dem gegenwärtigen Zustande des Wissens nicht mehr recht verträglich sei.

Alle diese Aussprüche reißt Pastor Koch seinem Kollegen Kirmh herbe unter die Nase und kommt zu dem Schluß, daß die Kirche und ihre Diener nicht dazu da seien, Menschen, die im Leben Spötter und Verächter des göttlichen Wortes waren, den Jüngern Christi gleichzustellen und selig zu preisen. Das ist unzweifelhaft richtig. Und wir müssen gestehen, so wenig wir sonst von der Orthodoxie jedes Religionsbekenntnisses erbaut sind, der „positive“ Pastor Koch ist uns in diesem Fall sympathischer als der wahrscheinlich liberale Pastor Kirmh. Pastor Koch spricht eine für die Kirche, die Virchow's Leichenbegängnis arrangiert haben, recht beschämende Wahrheit aus, wenn er spöttelnd ausruft: Aber es sieht doch nun einmal besser aus, wenn ein Geistlicher mitgeht.

Unter all den liberalen Herren, die bei der Leichenfeier im Rathaus an Virchow's Bahre standen, waren gewiß nur wenige, die in religiösen Dingen nicht ähnlich dachten, wie der Tote. Aber da ihnen der Mut fehlt, offen ihre Anschauung zu äußern, da sie um Himmels willen eben nicht anstoßen wollen, muß man auch im Angesicht des Todes der Wahrheit Gewalt antun, muß um des schönen Scheines willen bei der Leichenfeier des Abgestorbenen der volle Ornat der Kirche aufgetrocknet werden. Und wenn diese Kirche noch den Mut hätte, durch einige energische Rippenstöße dem Liberalismus seine innere Hohlheit zu Gemüte zu führen!

Das Defizit im Stadthaushalts-Etat für 1901.

Das Jahr 1901 ist seit langem das erste, das für den Berliner Stadthaushalts-Etat (wie bereits mitgeteilt wurde) mit einem Defizit abgeschlossen hat. Der Betrag, um den die Ausgaben die Einnahmen überstiegen haben, ist ja verhältnismäßig nicht groß. Er beläuft sich nach dem jetzt fertiggestellten Jahresabschluss der Stadthauptkasse auf nicht ganz 86 000 M. Aber wenn man so lange mit Ueberschüssen, und manchmal sogar mit recht beträchtlichen, hat wirtschaften dürfen, dann wird selbst ein geringfügiger Fehlbetrag schon schmerzlich empfunden. Dazu kommt, daß die Besorgnis, es

werde bei diesem einen Defizitjahr nicht bleiben, keineswegs unbegründet ist. Es ist leicht möglich, daß das Jahr 1902 nicht besser, sondern noch schlechter als 1901 abschließt.

Verschiedene Umstände haben zusammengewirkt, das Ergebnis des Etatsjahres 1901 zu einem wenig günstigen zu gestalten. Unter anderem wird besonders auf die Mehrausgaben hingewiesen, die für die Bauten sowie für die Straßeneinigung (wegen der starken Schneefälle) gemacht werden mußten. Aber trotz dieser allerdings recht beträchtlichen Mehrausgaben wäre immer noch kein Defizit herausgekommen, wenn nicht zugleich der wirtschaftliche Niedergang, den uns die letzten Jahre gebracht haben, seinen Einfluß auf Einnahmen und Ausgaben der Kommune ausgeübt hätte. Infolge des Notstandes, unter dem ein großer Teil der unheimlichen Bevölkerung Berlins zu leiden gehabt hat, ist zum Beispiel bei der Armenverwaltung eine Etatsüberschreitung von rund 319 000 M. notwendig geworden. Die Wohnungsnot ist an diesem Ergebnis nicht weniger beteiligt als die Arbeitslosigkeit. Auch für die Waisenpflege hat, wesentlich aus denselben Gründe, mehr ausgegeben werden müssen, desgleichen für die Kranken- und Irrenpflege. Hier spricht übrigens auch die Lebensmittelsteuer mit, die bei der Verfassung der zahlreichen Zuschüssen der städtischen Anstalten begreiflicherweise stark ins Gewicht fallen muß. Die Lebensmittelsteuer wird in dem laufenden Etatsjahr 1902 noch stärker auf den städtischen Etat einwirken, und auch die Wirkungen der Arbeitslosigkeit dürften erst in diesem Jahre einerseits in dem Steuerergebnis, andererseits in der Beanspruchung der Armenpflege usw. voll zur Geltung kommen, so daß in der That für 1902 ein noch ungünstigerer Abschluß befürchtet werden muß.

Da der Ausweg, die Kommunalsteuern zu erhöhen, in dem gegenwärtigen Zeitpunkt kaum viele Freunde finden wird, so wird man sich darauf gefaßt machen müssen, daß in der Berliner Kommunalverwaltung in den nächsten Jahren so manche Ausgabe stark eingeschränkt, wenn nicht ganz unterlassen werden wird. Wahrscheinlich wird man dabei, wie gewöhnlich in solchen Fällen, wieder an der unrichtigen Stelle zu sparen versuchen. Dem Schulwesen, dem Krankenhauseswesen usw. wird eine Kürzung der Ausgaben zugunsten werden, gegen die weitere Aufbesserung der Löhne der städtischen Arbeiter wird man sich sträuben. Nur für Pensionempfänger wird zweifellos nach wie vor Geld da sein.

Nach dem vorliegenden Haupt-Jahresabschluss für 1901 ergaben die Steuern einen Mehrerlös von 881 551 M. Die Gemeinde-Grundsteuer brachte 19 101 000 M. oder 296 560 M. mehr als im städtischen Haushaltsetat angelegt. Dieser Mehrerlös ist darauf zurückzuführen, daß der gesamte Anwertungsbeitrag bei der Veranlagung der steuerpflichtigen Grundstücke höher stellte und die Rückzahlungen geringer als sonst waren. Bei der Gewerbesteuer lag es ebenso; sie ergab 8 070 000 M. oder einen Mehrerlös von 166 800 M., weil das Ergebnis der Veranlagung höher war und neue Gewerbe hinzugekommen sind. Die Betriebssteuer erzielte einen Mehrerlös von 35 000 M.; das Gesamtresultat war 287 000 M. Bei der Gemeinde-Einkommensteuer ist erwähnenswert, daß zahlreiche Steuerpflichtige mit Einkommen über 3000 Mark infolge von Veranlagungen höher veranlagt worden sind und daß die Rückzahlungen hinter dem Etatsanschlag zurückgeblieben sind. Die Gemeinde-Einkommensteuer brachte dem Stadtsäckel das hübsche Stämmchen von 31 105 000 M. und damit einen respektablen Mehrerlös von rund 859 000 M. Gering war der Mehrerlös bei der Hundsteuer mit nur 3700 M. bei einem Gesamtergebnis von 597 100 M., die für 80 000 Hunde erlegt werden mußte. Ungünstig war der Ertrag des Branntwein-Zuschlages mit 780 000 M. Der Ertrag blieb um 13 000 M. hinter dem Etatsanschlag zurück. Noch ungünstiger ist das Ergebnis der Wundlager-Steuer, die in früheren Jahren noch ansehnliche Beträge lieferte und 1901 nur noch 1000 M. einbrachte, d. h. 500 M. oder 33 1/3 Proz. weniger als veranschlagt worden war. Die Umsatzsteuer ergab 1 691 698 M. oder 3924 M. mehr als veranschlagt, was darauf zurückzuführen ist, daß die Ausgaben um 11 121 M. geringer waren, als nach dem Etat angenommen. — Aus dem Etat geht ein hervor, daß er in der Hauptfrage durch die Mehrausgaben von 7 882 611 M. im Extra-Ordinarium beeinflusst worden ist. Dieser Mehrausgabe steht nur eine Mehreinnahme von 4 362 302 M. beim Ordinarium gegenüber. Hierdurch ist eine Mehrausgabe von 3 520 309 M. entstanden, die von dem Bestande von 9 Millionen Mark, der Ende März 1901 verblieb, in Abzug kommen. Der Bestand hat sich dadurch gegen den vorhergehenden Etat um 5 1/2 Millionen Mark verringert.

Der Magistrat hatte einen Preis von 3000 M. für eine Preisaufgabe ausgeschrieben, die dazu dienen sollte, Mittel ausfindig zu machen zur Verhütung von Rostschäden bei eisernen Dampfrohrleitungen. Diese Schäden sind ganz beträchtlich. Da die eingegangenen Arbeiten nicht befriedigten, konnte der Preis nicht verteilt werden. Der Verein zur Förderung des Gewerbetreibenden hat nun geboten, den Preis ihm zur Verfolgung des gleichen Zweckes zur Verfügung zu stellen. Die Deputation I hat beschlossen, das Gesuch des Vereins dem Magistrat zur Verlässichtigung zu empfehlen.

In der gestrigen Sitzung der Hochbau-Deputation unter dem Vorsitz des Stadtrats Ramskau wurde die Vorentwurfe zu einer neuen Kochkammer für mehrere tausend Personen, einem großen Frauenbade und zu der Erweiterung des Kesselhauses auf dem städtischen Grundstück des Obdach in der Gröbelsstraße genehmigt. Ferner gab die Deputation ihre Zustimmung zu dem Kostenaufschlag für verschiedene Neuanlagen auf dem Grundstück des städtischen Arbeitshauses in Himmelsburg und den Aufschlag für die Herstellung eines neuen Pflanzens auf dem städtischen Viehhof in Höhe von einer halben Million Mark.

Milchkrieg und Milchpreis. Eine neue Verschärfung des Milchkrieges steht zum 1. Oktober bevor. Wie in der gestrigen außerordentlichen Generalversammlung des Vereins Berliner Milchpächter vom Vorsitzenden Wiesener mitgeteilt wurde, beabsichtigt die Milchzentrale ihre bisherige Politik zu ändern und die den Milchhändlern angedrohte scharfe Konkurrenz in der Weise wahr zu machen, daß sie, im Verein mit der Firma Volle, vom 1. Oktober ab ihre Milch zu Schlenderpreisen an die Abnehmer der Milchpächter, die Milch-Detailhändler abgeben wollen. In der letzten Woche sei zwischen Volle und dem Milchring ein neuer Vertrag geschlossen worden. Außerdem soll die Firma Volle ihre Lieferanten mit allen Mitteln zum Anschluß an die Milchzentrale zu bewegen suchen. Beide vereint wollten alles versuchen, um den Berliner Milchhändlern ihre ringfreien Bezugsquellen abzuschnitten und sie an die Wand zu drücken. Nach längerem Debatten wurde beschlossen, festzustellen, wie viel Milch den Berliner Milchhändlern noch fehlt und dann Maßnahmen zu treffen, um die Zufuhr ringfreier Milch nach Berlin zu vermehrten, was durch die Auflösung verschiedener bisher der Milchzentrale angeschlossener Genossenschaften wesentlich erleichtert wird. Die Kosten dieser Vorkehrungen übernimmt die Milchzentrale.

Selbsterkennnis ist der erste Schritt zur Besserung. Wenn dies Sprichwort auch auf unsre Eisenbahnbehörde zuträfe,

dann könnten die Armen, die unter dem Regiment des Herrn Dabbe ein Ende der Aera Zwickeln herbeiführen, erleichtert ausfallen. Aus dem Munde des verflochtenen Eisenbahnministers hat die erstnante Öffentlichkeit immer und immer wieder hören müssen, daß die Löhne der Angestellten und Arbeiter ausreichend seien, so ausreichend, daß nach einer am 13. Juni 1900 im Reichstagen abgegebenen Erklärung die Beamtenbesoldungen auf absehbare Zeit als abgelaufen zu betrachten sind. Die Löhne und Gehälter waren nach diesem Minister so hoch, daß in einem kurz nach dieser Rede veröffentlichten Erlaß es als Reichfertigkeit betrachtet wurde, wenn einer der Untergebenen Schulden machte und jedem Angestellten kategorisch erklärt wurde, daß ihm sein Dienstverhältnis gekündigt werde, wenn er Schulden kontrahiere, die sein zweimonatliches Einkommen übersteigen.

Kunmehr scheint es, als ob die Eisenbahnbehörde sich allmählich zur Ansicht durchgerungen hat, daß die Löhne, welche sie zahlt zum erheblichen Teil nicht so hoch sind, daß ein Mensch damit seine Existenz fristen kann. Ein Berliner Arbeiter war bei der königlichen Eisenbahn-Inspektion 13 in Berlin um Anstellung eingekommen. Er erhielt die Antwort, daß zwar in Berlin keine Stellung für ihn vorhanden sei, daß er aber wahrscheinlich in Lützenau Beschäftigung erhalten werde, wenn er sich dort an die Bahnmeisterei 1 wende. Dies hat der Arbeiter denn auch, worauf ihm folgendes geantwortet wurde:

Ursprünglich dem Herrn Antragsteller mit dem Bemerkten zurückgewiesen, daß seiner Einstellung als Arbeiter bei der Bahnmeisterei nichts entgegensteht. Bei den diesigen teuren Verhältnissen und der Wohnungsnot, entgegen dem üblichen Verdienste von 1,90 M., im Winter 1,80 M., bleibt es wohl zu überlegen, ob Sie sich eine günstigere Arbeitsstelle suchen. Werden Sie doch mal bei dortiger Bahnmeisterei vorbeistehen. Die Arbeiter bei dieser Meisterei sind gezwungen, sich Nebenverdienst durch Ederbau zu verschaffen. Sollten Sie trotzdem gewillt sein, die Arbeit aufzunehmen, so steht Ihrem jederzeitigen Beginn nichts entgegen.

Nachdem so offiziell anerkannt ist, daß die von der Eisenbahnverwaltung bezahlten Löhne angesichts der teureren Verhältnisse am Orte zum Leben wenig ausreichen, daß die Eisenbahnarbeiter, wenn sie nicht verhungern wollen, auf Nebenarbeit angewiesen sind, werden wir wohl bald von einer Vorlage hören, welche diesen Arbeitern ein zum Leben annähernd ausreichendes Einkommen zusichert. Auf dem mühten die Löhne der Eisenbahnarbeiter allgemein aufgebessert werden, denn wer in einem kleinen Ort wie Lützenau nach Ansicht der Behörde mit 1,80 M. nicht zu leben vermag, kann im noch viel teureren Berlin mit 2,80 M. erst recht nicht auskommen. Angesichts dieser Ausichten sehen wir schon im Geiste, wie die zufriedengestellten Eisenbahner sich in Massen von der Sozialdemokratie abwenden.

Der Umfang des diesjährigen Oktober-Umzuges wird nach Mitteilung aus den Kreisen der Möbeltransporteure ganz erheblich gegen diejenigen in den Vorjahren zurückbleiben. Die Zahl der Aufträge auf Möbeltransporte für die Zeit vom 20. September bis 4. Oktober ist so unerblicklich, daß viele Fuhrwerksbesitzer in diesen Tagen nur verhältnismäßig geringe Beschäftigung haben und noch immer Aufträge entgegennehmen können. In den Vorjahren vermochten größere Fuhrwerke schon anfangs September Bestellungen auf Möbeltransporte nicht mehr anzunehmen. Nach Bezügen eingeteilt werden die meisten Wohnungsverwechsel in der nördlichen Luisenstadt, in dem Schönhauser Thor-Viertel, im Frankfurter Thor-Viertel, sowie im Wedding-Stadtteil erfolgen. Besonders erheblich ist dieser Wohnungsverwechsel in der Schönhauser Vorstadt und im Frankfurter Thor-Viertel. Er wird beeinflusst durch die Fertigstellung großer Gebäude im Norden zwischen der Ringbahn und Panow, im Osten zwischen der Frankfurter Allee und Eldenerstraße, wofür völlig neue Stadtviertel entstanden sind. Bedeutend sind auch die Zahlen der Umzüge im äußeren Südwesten und im südlichen Westen. In Mosbit macht sich der Umzugstermin im nordwestlichen und westlichen Teile des ausgedehnten Stadtviertels geltend. Im Centrum wird die Zahl der Wohnungsverwechselungen eine ganz unbedeutende sein.

Die Verhaftung eines Berliner auf dem Hauptpostamt in Hamburg ist erfolgt. Es handelt sich um den Kommissar Denker, welcher nach Verübung zahlreicher Betrügereien und Schwindeln der Reichshauptstadt den Rücken gefehlt und von der Staatsanwaltschaft in Berlin und andern Städten feldmäßig verfolgt wurde. Als man ihn festnahm, gebekete er sich wie ein Rasender und rief in einem fort, wie man anständig Leute belästigen und festhalten könne, auch beschwerte er sich auf dem Wege zur Wache über die Freiheit, ihn, einen völlig unbescholtenen Mann zu verhaften. Ein vom Stadthaus herbeigekommener Beamter konnte alsbald feststellen, daß der Sittliche tatsächlich der feldmäßig verfolgte Kommissar Denker sei. Der Verhaftete räumte schließlich auch ein, mit dem Gesuchten identisch zu sein.

Zum Brande des Wotshauses in Grünau wird weiter gemeldet, daß der Besitzer, Wotshaus Reinhold Grahnitz, unter dem Verdachte der Brandstiftung vorläufig in Haft genommen worden ist. Zwei Zeugen wollen beobachtet haben, daß unter dem Dampfer ein brennender Holzstapel aufgeschichtet war, von dem sich die Flammen ausbreiteten. Die Vermögenslage des Wotshausers G. wird als ungünstig geschildert. Das Wotshaus war mit 25 000 M. im Juni verliert worden.

Der Anbau des Kunstgewerbe-Museums ist bereits bis zur Höhe der ersten Etage gediehen und wird im nächsten Jahre unter Dach gebracht werden. Die Pläne sind abweichend von dem alten Museumsgebäude nur aus glattem Sandstein hergestellt und jede Ornamentik nach Möglichkeit vermieden werden. Der Anbau wird hauptsächlich den Unterrichtszwecken der Kunstgewerbe-Schule dienen, während in dem alten Gebäude die Ausstellungs-Räumlichkeiten dafür erweitert werden. Der Anbau wird mit dem eigentlichen Museumsgebäude durch einen Säulengang verbunden werden.

In Sachen der vertriebenen Volks-Krankenkasse giebt der Polizeipräsident bekannt: Unter Bezugnahme auf meine Bekanntmachungen vom 7. Juli, beziehungsweise 31. August 1900, die Schließung der Allgemeinen Volks-Krankenkasse, eingehendens Hilfskasse Nr. 126 betreffend, bringe ich hierdurch zur Kenntnis der Beteiligten, daß die Herren Liquidatoren Veltje und Berner ihr Geschäftsführer von der Alexanderstr. 33 nach Berlin NO. 43, Georgenstraße, 1, III verlegt haben und daß einer der Liquidatoren freitags wochentags von 2-3 Uhr nachmittags dort zu sprechen ist.

Der Wertschwundler und Kassenräuber haben sich jetzt insbesondere die Verkäuferinnen in den Bäderläden in acht zu nehmen. Mehrere Fälle zeigen, daß diese Spitzbuben augenblicklich mit Vorliebe diese Läden heimsuchen. Bei einer Verkäuferin im Säden der Stadt führte sich einer vormittags als Händler mit Schmutzlappen ein. Abends kam er wieder und bat, ihm ein Zahnmarkstück zu wechseln. Als die vorsichtige Verkäuferin erst das Goldstück zu sehen verlangte, stellte sich heraus, daß der Mann gar keine Besatz. Nun ergriff der Schwindler einen Thaler, der hinter der Kasse lag, raunte davon und entkam, obwohl er sofort verfolgt wurde. — In der Stadtstraße „arbeiteten“ zwei Mann zusammen. Einer kaufte sehr umständlich für 40 Pf. Theeluchen und gab ein Zwanzigmarkstück in Zahlung. Während die Verkäuferin dieses wechselte, trat der andre ein, forderte für 20 Pf. Kuchen, griff aber sofort in die Kasse und entkam mit dem Goldstück, das der erste Kunde soeben gegeben hatte und für das er natürlich Ersatz verlangte.

Ein wildgewordener Straßenbahnwagen verursachte in der Kreiswalderstraße eine ausgedehnte Verkehrsstörung und große Menschenansammlung. Ein von Weihensee kommender mit Anhängern versehener Straßenbahnwagen der Linie 62 (Weihensee - Dönhofsplatz) passierte an der Ecke der Kreiswalder- und Danzigerstraße die Umfahrgasse, in welche vermulich ein Stein oder irgend ein anderer Gegenstand hineingeraten war. Der Motorwagen sprang plötzlich aus dem Geleise und jagte auf die Mittel-Promenade hinaus, nachdem er einen Baum umgerannt hatte. Die Räder blieben in dem Sande des Promenadenweges stecken. Der Anhängerswagen war eben-

falls aus den Schienen herausgerissen worden und stellte sich quer auf die Gleise. Obwohl sofort telephonisch von benachbarten Straßenbahnstationen Rettungskolonnen herbeigebordert wurden, dauerte es doch längere Zeit, bis das Geleise wieder frei gemacht werden konnte.

Feuerbericht. In der Zwischenzeit hatte die Wehr mehrere Brände abgesehen. Mittwoch früh 1 1/2 Uhr wurde sie nach der Frankfurter Allee 58 gerufen. Hier war auf noch nicht ermittelte Weise kurz nach 1 Uhr in einem einstöckigen Gebäude Feuer ausgebrochen, das in kurzer Zeit dort lagernde Fleisch- und Wurstwaren ergriffen hatte und bei Anbruch der Wehr auch bereits auf den Dachstuhl übergesprungen war. Die II. Compagnie hatte daher längere Zeit mit einer Schlauchleitung Wasser zu geben, um die Flammen zu ersticken. Grober Unfug am öffentlichen Feuerwehrlag einer Alarmierung zu Grunde, die nachmittags die Wehr nach dem Erkennungspfad führte. Leider gelang es nicht, des Thäters habhaft zu werden. In der Hagenauerstr. 12 hatte die Wehr in der Nacht zum Mittwoch einen Brand zu beseitigen, der den Fußboden und die Balkenlage ergriffen hatte. Gardinen und Kleidungsstücke gingen gegen 9 Uhr in der Koblandstr. 14b in einer Wohnung in Flammen auf. Eine Stunde später wurde die Wehr nach der Köpferstraße 1 gerufen, wo in einem Keller ein Feuer entstanden war, das allerlei Gerätpel, Körbe usw. ergriffen hatte, aber vom Zuge 20 in kurzer Zeit abgelöscht werden konnte. Außerdem hatte die Wehr in den letzten 24 Stunden noch Alarmierungen von der Pustwieserstr. 10 und von der Hagensstr. 8 zu verzeichnen, die jedoch beide auf unbedeutende Anlässe zurückzuführen waren.

Reisport. Im Sportpark Friedenau haben sowohl Nyser als auch der kleine Engländer Jimmy Michael ihre Arbeit für das am Sonntag, den 23. September, bevorstehende Dauer-Rennen bereits aufgenommen. Kobi und Dientmann haben ihre Ankunft für heute abend angemeldet.

In der Zeitung des Sportparks Friedenau hat sich, wie die „Rad-Welt“ erzählt, ein Wechsel vollzogen. Herr Direktor Höpfer hat seine Stellung niedergelegt, und die Sportpark-Aktien-Gesellschaft hat den in sportlichen Kreisen wohlbekannten Herrn Ferdinand Knorr einstweilen ermächtigt, das Dauer-Rennen am Sonntag nach Abgabe der Ausschreibung abzuhalten. Der Grund zum Rücktritt des Herrn Direktors Höpfer ist in finanziellen Schwierigkeiten zu suchen, mit denen Herr Höpfer schon seit einiger Zeit zu kämpfen hatte. Die völlig verunglückte Malabaren-Ausstellung auf der Kurfürstendamm-Vahn, sowie das ungünstige finanzielle Ergebnis des großen Preises von Deutschland dürften die Hauptursachen des Zusammenbruchs sein. Infolgedessen war Herr Höpfer bisher auch nicht in der Lage, die Preise anzuzahlen. Wie jedoch mitgeteilt wird, soll bestimmte Aussicht vorhanden sein, daß die Angelegenheit in kurzer Zeit zur Zufriedenheit aller Beteiligten geregelt wird. — Kobi und Dientmann beabsichtigen mit den nötigen Führungsmaschinen Anfang November nach Australien zu gehen. Wem Vernehmen nach steht der Abschluß der Engagementsverhandlungen unmittelbar bevor. Australien soll gegenwärtig 53 Rad-Reisbahnen besitzen.

Aus den Nachbarorten.

Steglitz. Aus der letzten Gemeindevertreter-Sitzung ist noch folgendes zu berichten: Bei der Abnahme der Jahresrechnung über den Rauschfonds pro 1900 fragte Genosse Kapp an, wie es zu erklären sei, daß für 1901 die Löhne 855 M. weniger betragen, trotzdem aus den gezahlten Versicherungsbeiträgen hervorzugehen scheint, daß die Arbeiterzahl dieselbe sei. Herr Kubrow gab die Antwort schuldig, angeblich weil die Frage nicht zur Sache gehöre. Auf die weitere Frage, ob dem Gemeindevorstand ein Antrag der Gemeinde-Arbeiter um Lohnhochsetzung zugegangen und ob es der Wahrheit entspreche, daß den Arbeitern von einem Gemeindebeamten geantwortet sei, so lange sie noch Cigaretten rauchen könnten, wären die Löhne ausreichend, antwortet der Vorsteher, daß der Antrag eingegangen sei und erwogen werden würde, daß hingegen eine derartige Antwort, wie oben angeführt, nicht erteilt worden sei. — Das Ortsstatut betr. Errichtung einer Schuldeputation wurde mit den von der Regierung gewünschten Abänderungen, durch welche die Rechte der Gemeindevertretung bedeutend beschnitten werden, angenommen. — Das Gewerbegericht soll nunmehr am 1. November in Kraft treten. Die einzelnen Gruppen und deren Vertreter (zur Hälfte Arbeitgeber und Arbeitnehmer) wurden wie folgt festgelegt: Bekleidungsindustrie 2, Nahrungsmittel 2, Graphische Gewerbe und Buchbinder 6, Metallindustrie 4, Baugewerbe 4, verschiedene Gewerbe 6. — Die von der Wehrheit in verstämmelter Form zugelassene Wohnungsverhältnisse soll Anfang Oktober aufgenommen werden. — Ueber die Deduktion der mit Fertigstellung des Letow-Lanals für unsere Gemeinde erwachsenden jährlichen Kosten in ungefähren Beträgen von 80 000 M. konnte man sich noch nicht schlüssig werden, und auf eine Anfrage von bürgerlicher Seite, ob der Gemeindevorstand nicht schon jetzt Vorkehrungen treffen wolle, um der für den Winter wieder zu erwartenden großen Arbeitslosigkeit zu steuern, versprach der Vorsteher, die Sache in Erwägung zu ziehen.

Aus Schöneberg. Die Errichtung eines zweiten Rathauses soll für Schöneberg in nächster Zeit in die Wege geleitet werden. — Die gemeinsame Orts-Krankenkasse von Schöneberg und Friedenau ersucht am 1. Oktober d. J. eine Teilung, indem letzterer Ort eine eigene Kasse für sich erbält. — Nach der Feststellung des Einwohner-Mittelwerts betrug die Bevölkerungszahl am 18. September einschließlich Militärpersonen 106 568. Seit der Volkszählung von 1900 hat sich die Einwohnerzahl um 10 568, und seit 1880, wo Schöneberg nur 11 180 Einwohner zählte, um 65 388 Personen vermehrt.

Gerichts-Beilage.

Wie der hochverräterischen Schar zu wehren ist. Ein neues Mittel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie hat der Katastrophenschreiber Karl Peters und Charlottenburg entdeckt und zur Anwendung gebracht. Der Mann hatte sich gestern vor der ersten Strafkammer am Landgericht II wegen vollendeten Betruges in acht Fällen und wegen versuchten Betruges in sieben Fällen zu verantworten. Der Angeklagte ist Unteroffizier beim zweiten wessfälischen Artillerie-Regiment Nr. 12 gewesen. Diese Thatfache mußte er in folgender Weise aus: Er verfaßte Briefe, in denen er schrieb, daß sich in Charlottenburg ein Verein ehemaliger Kameraden seines Regiments gebildet habe. Die Begründer seien von dem Gedanken ausgegangen, daß die Kriegervereine durchaus notwendig seien, um der Sozialdemokratie einen Damm entgegenzusetzen. Der Verein zähle bereits 27 Mitglieder, aber es fehle ihm an Mitteln, um seiner Aufgabe gerecht zu werden. Die Beschaffung einer Fahne sei in Aussicht genommen, und gerade zur Zeit sei dem Verein Gelegenheit geboten, ein sehr passendes und billiges Vereinslokal zu erhalten, aber der Wirt verlange die Jahresmiete pränumerando. Da jedoch kein Geld in der Kasse sei, müsse sich der Verein die nötige Acquisitoren entgegen lassen, wenn ihm nicht von außen Hilfe käme. Deshalb wende sich der Vorstand vertrauensvoll an die aktiven Herren Offiziere mit der Bitte um einen Beitrag zu den Einrichtungskosten des Vereins. Etwaige Spenden beliebe man dem Vorzeiger dieses Scheinens gleich auszuhandigen, der darüber quittieren werde. Mit diesem Schreiben suchte der Angeklagte eine Reihe von Offizieren in Berlin und den Vororten an. Bei Generalmajor Wille, bei Lieutenant Wuths, Hauptmann Jaeger, Major von Oden, Lieutenant von Tressow, Major Friedrich, Oberlieutenant Petersen u. a. m. gelang ihm der Fälligkeit er ab, weil die Heimgesuchten Wittrauen heuten. Die Sache sprach sich herum und schließlich ließ Generalmajor Schulz den Schwindler verhaften. Raitürlich existierte der Verein ehemaliger Kameraden des zweiten wessfälischen Artillerie-Regiments Nr. 12

nur in der Phantasie des Angeklagten, der vor Gericht geständig war, sich aber mit großer Rottlage entschuldigte. Der Gerichtshof glaubte dem Angeklagten auch, daß er sich in Not befunden habe und ließ es daher bei sechs Monaten Gefängnis bewenden.

Eine etwas alte Rechnung sollte der Metallbrüder Obermiller begleichen, der am 22. September vor der Verurteilungskammer des Landgerichts II wegen Streikvergehens stand. Als im Jahre 1899 in der Feisterischen Fabrik in Ober-Schönau ein Streik ausgebrochen war, wurden einige Arbeitswilige auf dem Wege zum Bahnhof beschimpft. Zwar konnte niemand feststellen, wer bestimmte Worte gebraucht hätte, doch wurden drei Streikende darunter O. angeklagt, weil sie unter den Schimpfenden gewesen wären. Die andern wurden schon im Jahre 1900 abgerichtet und freigesprochen, gegen Obermiller aber, der außerhalb Arbeit angenommen hatte, wurde erst im Februar 1902 verhandelt, und obgleich die Sache bei ihm nicht anders lag, als bei den andern, wurde er vom Schöffengericht zu Köpenick zu einer Woche Gefängnis verurteilt. In der Verurteilungsurkunde war der Verteidiger, Rechtsanwalt Wolffgang Heine die Frage auf, zu welchem Zwecke denn die Schimpfworte ausgesprochen worden sein möchten, ob nur aus Hergelegenheit über das unsozialistische Verhalten der Arbeitswiligen oder um sie zur Teilnahme am Streik zu bewegen. Da für das letzte nichts beizubringen war, mußte der Angeklagte freigesprochen werden, denn eine solche Absicht ist Voraussetzung der Verurteilung aus § 163 Gewerbe-Ordnung. Wegen Verleumdung konnte keine Verurteilung eintreten, weil die Arbeitswiligen keinen Strafantrag gestellt hatten.

Zwei Szenen aus dem dunkelsten Berlin beschäftigten gestern das Schwurgericht am Landgericht I. In beiden Fällen handelte es sich um Gewalttakte, die von vollkommenen Menschen auf offener Straße ausgeführt worden sind. Die erste Szene spielte in der Nacht des 18. Juni an einer verlorenen Straße der Linienstraße. Als in jener Nacht der Schmiid Hermann Schulz seiner Wohnung zustrebte, gefolgt von mehreren Männern zu ihm, deren einer ihn ermahnte, ihm einen Groschen zu schenken. Der in gemüthlicher Stimmung befindliche Schmiid Schulz entsprach diesem Wunsch, entnahm seinem Portemonnaie ein Beipfennigstück, zeigte aber auf diese Weise den andern, daß er Geld bei sich führte. Gleich darauf trat einer aus der Rote mit dem seltsamen Vorschlag an ihn heran, aus Scherz mit ihm einen Ringkampf zu veranstalten, um die Kräfte gegenseitig zu messen. Schulz hatte hierzu gar keine Lust, er lehnte auch eine wiederholte Aufforderung ab. Plötzlich umspannten ihn zwei kräftige Arme und der nach dem Ringkampf lechzende Mensch drückte ihn mit aller Gewalt zu Boden. Als er unten lag, fragte ihn sein Angreifer nach seiner Uhr, die er zu seinem Glück nicht bei sich hatte, dann spürte er einen Tritt an seiner Hosentasche und als ihn der Ringkämpfer freigelassen und mit seinen Kumpanen schleunigst Reißaus genommen hatte, vernahm Schulz sofort sein Portemonnaie mit 9 M. Es war zweifellos, daß der sonderbare Reisinger ihn herab mit hatte. Schulz legte sich nun Nacht für Nacht in der Linienstraße auf die Lauer, in der Erwartung, daß ihm der freche Straßenräuber noch einmal in den Weg laufen würde. Diese Hoffnung hatte ihn nicht getäuscht, denn wenige Nächte darauf konnte er ihn in der Linienstraße durch einen Schußmann festnehmen lassen. Er entpuppte sich auf der Polizei als der schon fünfmal wegen Taschendiebstahls vorbestrafte Arbeiter Johannes Witz. Er gab zu, den Ringkampf inszeniert zu haben, bestritt aber die Begehung des Portemonnaie-Diebstahls. Die Geschwornen sprachen ihn des Straßenraubes schuldig und der Gerichtshof verurteilte ihn zu zwei Jahren Gefängnis. — Im zweiten Fall war der Arbeiter August Hampel, ein vollkommener Streich, wegen Raubzucht und Körperverletzung angeklagt. Er hat nächstliche Weise in der Gegend der Krausstraße eine ihm begegnende Frauensperson vergewaltigt, indem er ihr einen Knebel in den Mund steckte und sie so am Schreien verhinderte. Nur der Umstand, daß es sich um eine moralisch geklunene Frauensperson handelte, bewog die Geschwornen, die Frage nach mildernden Umständen zu befragen. Der Angeklagte wurde zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt.

Eingegangene Druckchriften.

Im Verlag von H. O. W. Dieckhoff in Stuttgart ist soeben erschienen: der **Schuldbuch der Gesammelten Schriften von Karl Marx und Friedrich Engels**. (Dritter Band: Von Mai 1848 bis Oktober 1850.) Preis brosch. 7.- M., gebd. 8.50 M. — Die Gesamtausgabe des literarischen Nachlasses von Karl Marx, Friedrich Engels und Ferdinand Lassalle liegt damit komplett in 4 Bänden vor. Der erste Band enthält die Schriften von Marx und Engels, in denen sie sich bis zur Schwelbe des Sozialismus entwickeln, den begründet zu haben ihr unerschütterliches Verdienst ist. Der zweite Band enthält alles, was sie in der theoretischen Begründung und Entwicklung ihres neuen gewonnenen Standpunktes gearbeitet und mit andren Richtungen der Zeit durchkämpft haben, bis zum kommunistischen Manifest, der klassischen Geburtsurkunde des modernen wissenschaftlichen Kommunismus. Der dritte Band veröffentlicht endlich ihre Aufsätze aus der „Neuen Rheinischen Zeitung“ und deren Neuauflage, also die praktischen Proben auf die Wichtigkeit ihrer theoretischen Resultate. Damit ist die erste Verleide in der öffentlichen Wirksamkeit für Marx und Engels abgeschlossen. Der vierte Band enthält die Briefe Lassalles an Marx und Engels, die zwar in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit der vorliegenden Sammlung stehen, aber sie ihrem Weien noch für die künftigen Jahre fortsetzen, indem sie für das Jahrzehnt die sicherste urkundliche Grundlage bieten, sowohl für die Geschichte des modernen wissenschaftlichen Kommunismus, als auch für die Biographie seiner klassischen Vorkämpfer. — Alle vier Bände zusammen brosch. 25 M., gebd. in engl. Velum. 31 M.

Der **Sozialist von Nazareth**. Eine Lebensgeschichte Jesu nach der neuesten Forschung, verbunden mit einer Kritik des Strauchhosen Standpunktes und der biederdeutigen sozialistischen Parteilichkeiten. Von Oskar Junner. Preis 50 Pf. In bezügen von D. Zimmer, Berlin, Kueplplatz 21.

Witterungsübersicht vom 24. September 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere-Höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.	Stationen	Barometere-Höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.
Strehle	772.50	SW	3	wolkig	10	Bayreuth	768.50	SW	3	wolkig	10
Hamburg	768.50	SW	3	wolkig	10	Breslau	773.50	SW	3	wolkig	10
Berlin	770.50	SW	4	wolkig	10	Frankfurt	763.50	SW	3	wolkig	10
Frankfurt	766.50	SW	2	bed. bed.	10	Aachen	765.50	SW	3	wolkig	10
München	768.50	SW	3	bed. bed.	10	Paris	765.50	SW	3	wolkig	10
Wien	770.50	SW	3	wolkig	10						

Wetter-Vorhersage für Donnerstag, den 25. September 1902. Etwas wärmer, vielfach wolkig bei ziemlich lebhaften südlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.
2. 200. Teilen Sie uns zunächst mit, zu welchem Zweck Sie die Auskunft wünschen.
Bische. Die erste Pferdebahn-Linie (Berlin-Charlottenburg) ist 1865 eröffnet worden.
H. P. 1. Im 130. Armenbüchel (Wenzelsplatz) ist Herr Goldarbeiter Grahl, Wenzelsplatz 50, Armenkommission-Vorsteher. 2. Der „Vorwärts“.
Krause. Zur Kinder unter 4 Jahren sind frei.
R. M. Für Schlafstellen sind pro Kopf 3 Quadratmeter Bodenfläche und 10 Kubikmeter Luftraum vorgeschrieben. Für Kinder unter 6 Jahren genügt 1/2, für Kinder unter 14 Jahren 1/3, der Raume.
Verfasser. Wenden Sie sich an den Vorstand Ihrer Krankenkasse, und wenn Sie keiner angehören, an den Schriftführer des Volksheilshilfsvereins vom roten Kreuz, Herrn Stadtkirch Dr. Pannewitz, Charlottenburg, Knechtstr. 22.
Kloster. Bielefeld giebt man Jäten in einer der nachstehenden Anstalten einen Platz: Erziehungsanstalt des Vereins zur Erziehung sittlich verwaelter Kinder zu Hehlenhof, Bureau Berlin, Jägerstr. 21, und Erziehungsanstalt Boar, Vorstr. 5.
W. 2. 100. Bis zum 21. Lebensjahre wären solche Maßregeln möglich; gegen dieselben ist aber Befehle an das Vormundschaftsgericht zulässig. — H. O. W. 10. J. 2. 70. J. 99. Rein. — Adersb. Solche Art Konzeption ist unmöglich. Sprechen Sie ebenfalls mit derselben

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Seite, Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
Sitzung der Orts-Verwaltung.
Zur Beachtung! Auf den Zahlstellen wird am nächsten Sonnabend von 7 bis 9 Uhr kassiert.

Die Kassiererin Kluge, Birken- und Stephanstrassen-Gde, ist nach der
Düsterstraße 10 bei Joh. Pfarr verlegt. Vom Sonnabend, den
5. Oktober ab wird daselbst kassiert. 89/2

Central-Verband deutscher Textilarbeiter etc.

Filiale I (Weber, Wirker, Färber).
Sonnabend, den 27. d. M., abends 8 1/2 Uhr, bei Merkowsky,
Andreasstraße 26:

Versammlung.

Tages-Ordnung:
Vortrag des Genossen Dr. Wollheim: Das Erdinnere und
tuffische Ausdehnung. 197/7
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Bleiglas, Glasmaler und Messingglaser.

Donnerstag, den 25. September, abends 8 Uhr,
in den Armhallen, Kommandantenstr. 20:

Große öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Situationsbericht über den Streit. 2. Verschiedenes.
NB. Das Erscheinen aller arbeitenden Kollegen ist Pflicht.
Der Elberner.

Verband der Hafenarbeiter u. verw. Berufsgen.

Deutschlands (Mitgliedschaft Berlin).
Donnerstag, 25. Septbr., abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
Engel-Ufer 15, Saal VII:

Oeffentl. Versamml. der Hafenarbeiter, Bootleute u. Schiffer

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn J. Kallisch über: „Weshalb organisieren
wir uns“. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Frauen-Vortrag

morgen, Freitagabend 8 1/2 Uhr, Kommandantenstr. 20 (Eintritt 21)
über: Blutungen, Geschwülste, Krebs, Ausflüsse,
Menstruationsstörungen, Unterleibschmerzen

vom prakt. Frauenheilkundigen Grandmann, Leiter der Kar-
heilanstalt Köpnickstr. 72.
Naturärztliche Sprechstunden 11-2, 6-8. Sonntag 10-12.

Bekanntmachung.

Orts-Krankenkasse der Weber

und verwandter Gewerbe.
Som 1. Oktober 1902 ab haben die Kassensenden statt:
Von 7 1/2 bis 12 Uhr vormittags.
Sonnabende: Von 7 1/2 bis 2 Uhr nachmittags.
Sonn- und Feiertags geschlossen.

Der Vorstand.

Möbel Bartsch.

Wem wäre die Möbelfabrik für bürgerliche Wohnungseinrichtungen
Platz, nicht bekannt? Größte Auswahl in meinem extra dazu erbauten, 4 Etagen hohen Fabrikgebäude. Empfehlenswerte Einkaufs-
quelle für Brautleute. Solide und gediegene Einrichtungen für 200-300-400-500 bis 10 000 Mark stets zur Ansicht vorrätig
Verlangen Sie meinen **Prachtkatalog gratis und franco.** Coulaute Zahlungsbedingungen. **Kein Ladengeschäft.**
Verkauf direkt im Fabrikgebäude. Lagerbesichtigung erbeten ohne Kaufzwang. Lieferung frei Haus durch eigene Gespanne. Gegr. 1889.

Jedes 5 Pfennig.
Wort: 5 Pfennig. Nur das erste
Wort fett. Worte mit mehr als
16 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.

Reife Herrenhüte, gute Qualität,
Stück 95 Pfennig. Bessere Sachen
einem Billig. Aufschnitt, Comptoir
Kassenscheit 25A, feiner Garnir-
strafe 4 und 5. Sonntag ge-
öffnet. 1197R

Zwei Mark Bierleibend Damen-
hemden, Herrenhemden 3,00. Aus-
stattungen sowie elegante Reise-
müßer spottbillig. Wäscheabrik Wolff
Salomonstr. Stadtbahn 21, Nähe
Vollzeugschmied. 74/12

Mauerwerk vorrätig Gutgeschäft
Feldbamerstraße 61. 1249R

Gardinenreste, spottbillig, Gar-
dinen-Fabrik, Grünberg Weg 80,
partierre. Kein Laden. 1301R

Stühle billig, Stuhlfleger, Kott-
buserstraße 4. 220R

Reife Herrenhüte, gute Qualität,
Stück 95 Pfennig. Bessere Sachen
einem Billig. Aufschnitt, Comptoir
Kassenscheit 25A, feiner Garnir-
strafe 4 und 5. Sonntag ge-
öffnet. 1197R

Zwei Mark Bierleibend Damen-
hemden, Herrenhemden 3,00. Aus-
stattungen sowie elegante Reise-
müßer spottbillig. Wäscheabrik Wolff
Salomonstr. Stadtbahn 21, Nähe
Vollzeugschmied. 74/12

Mauerwerk vorrätig Gutgeschäft
Feldbamerstraße 61. 1249R

Gardinenreste, spottbillig, Gar-
dinen-Fabrik, Grünberg Weg 80,
partierre. Kein Laden. 1301R

Stühle billig, Stuhlfleger, Kott-
buserstraße 4. 220R

Reife Herrenhüte, gute Qualität,
Stück 95 Pfennig. Bessere Sachen
einem Billig. Aufschnitt, Comptoir
Kassenscheit 25A, feiner Garnir-
strafe 4 und 5. Sonntag ge-
öffnet. 1197R

Zwei Mark Bierleibend Damen-
hemden, Herrenhemden 3,00. Aus-
stattungen sowie elegante Reise-
müßer spottbillig. Wäscheabrik Wolff
Salomonstr. Stadtbahn 21, Nähe
Vollzeugschmied. 74/12

Mauerwerk vorrätig Gutgeschäft
Feldbamerstraße 61. 1249R

Gardinenreste, spottbillig, Gar-
dinen-Fabrik, Grünberg Weg 80,
partierre. Kein Laden. 1301R

Stühle billig, Stuhlfleger, Kott-
buserstraße 4. 220R

Reife Herrenhüte, gute Qualität,
Stück 95 Pfennig. Bessere Sachen
einem Billig. Aufschnitt, Comptoir
Kassenscheit 25A, feiner Garnir-
strafe 4 und 5. Sonntag ge-
öffnet. 1197R

Zwei Mark Bierleibend Damen-
hemden, Herrenhemden 3,00. Aus-
stattungen sowie elegante Reise-
müßer spottbillig. Wäscheabrik Wolff
Salomonstr. Stadtbahn 21, Nähe
Vollzeugschmied. 74/12

Mauerwerk vorrätig Gutgeschäft
Feldbamerstraße 61. 1249R

Gardinenreste, spottbillig, Gar-
dinen-Fabrik, Grünberg Weg 80,
partierre. Kein Laden. 1301R

Stühle billig, Stuhlfleger, Kott-
buserstraße 4. 220R

Maler und Anstreicher!

Die Berufskollegen werden hiermit aufgefordert, die am 22. d. Mts.
gefaßte Resolution zu beachten, nach derselben ist die von anarchistischer
Seite einberufene Versammlung zum Donnerstag, den 25. d. Mts.,
nicht zu besuchen, umso mehr da durch Erhebung eines festen Entrees
nur ein Teil der Kollegenschaft zugelassen wird.

Die Ortsverwaltung der Vereinigung.

Zur Einsegnung

empfehlen wir 5023R

Konfirmanden-Anzüge

in sämtlichen existierenden Façons u. Qualitäten.
Als besonders vorteilhaft offerieren wir:

Hochelegante Einsegnungs-Anzüge

aus prima Kammgarn (feingewebt), ein- und zweifach ver-
arbeitet, prima Ausstattung und sauberste Näh-Arbeit zum
Preis von Mk. 12,50 resp. 15.—.

Ferner:
Einsegnungs-Anzüge aus Tuch-Kammgarn, edelstes
Material (Kocher Fabrikat), prima Verarbeitung, beste
Zuthaten a 15, 18 u. 20 Mk.

Unsere Spezialmarke „Praktikus“, Ein-
segnungs-Anzüge aus Cheviot und Kammgarn-Cheviot,
auch für Nichtkonfirmanden geeignet.

Mk. 9,50.
Mk. 12,50.
Mk. 15.—.

Die Preise sind auf jedem Gegenstand deutlich in
Zahlen sichtbar und kreuz fest. Ueberwältigung aus-
geschlossen. Garantie für tadellosten Sitz. Höchste Leistungs-
fähigkeit durch Selbstfabrikation im größten Maßstabe.

Deutsche Compagnie, Heitinger & Co.

Herren- und Knabenbekleidungs-Fabrik.
Gegründet 1887. Oranienstraße 40/41

Möbel- und Polsterwaren-Fabrik

von
Reichenbergerstr. 5 A. Schulz, Reichenbergerstr. 5

empfiehlt sein grosses Lager in Wohnungseinrichtungen in
Nussbaum und Mahagoni, 250, 300, 400, 500, 600 bis
10 000 Mark. 5070L

Anerkannt gediegene Arbeit, billigste Preise, coulaute Zahlungsbedingung.

Bekanntmachung

der Orts-Krankenkasse

für das
Barbieregewerbe.
Das Kassenlokal befindet sich vom
2. Oktober die Schönbauerstr. 16.
Am 1. Oktober bleibt die Kasse des
Umzugs wegen geschlossen. 275/7

Der Vorstand.
V. Kietzschmann, Vorsitzender.
P. Schrolle, Schriftführer.

Achtung! Gebr. Cranz' Festsäle Achtung!

Neu! Köllnerstr. 8. Neu!
Wir machen den geehrten Vereinen und Gewerkschaften hiermit
bekannt, daß wir oben genanntes Etablissement nach glänzender
Renovierung Anfangs Oktober eröffnen werden. Dasselbe ist modern
und mit allem Komfort, der Reizzeit entsprechend, eingerichtet.
Wielseitig empfehlen wir den geehrten Vereinen und Gewerks-
schaften unsern **grossen Festsaal** mit neuer Theaterbühne,
1200 Personen fassend, zu allen Festlichkeiten und Ver-
sammlungen und sind noch Sonnabende im Oktober, No-
vember, Dezember, Januar, Februar und März etc.
Anmeldungen werden schon jetzt im „Victoria-Garten“, Bad-
straße 12, angenommen. Hochachtungsvoll O. Cranz. 4930R

Reste in Herrenstoffen

für Anzüge u. Winterpaletots
aus unsern Engrosbeständen
solche auch für Damen-Paletots und Kinderanzüge
spottbillig an Jedermann!!!
Sonntags auch von 8-10 und 12-2 Uhr für den
Resteverkauf geöffnet!!!
Tuchfabrik-Niederlage
Koch & Seeland,
Berlin, Ross-Strasse 2. 2222R

Frei Preuß

74a Belle-Alliancestrasse 74a, Cafe
Bergmannstrasse, empfiehlt Freunden
und Bekannten sein **Welsch- und
Bayrisch-Bierlokal** nebst
Bereinszimmer für 50 Personen. *

Dr. Simmel, Prinzenstr. 41.

Spezialarzt für 35/10*
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntag 10-12, 2-4.

Wohlfahrts-Lose!

Gewinnlotterien 100 000 M. bar.
Ziehung 4.-9. Oktober.
Lose a 3,30 M., Porto u. Liste
extra 30 Pf. 5133R
J. Rachor, Kollekteur, Mainz.

Oranienstrasse 73, 4863*

Sudolf Bartsch, zwisch. Alexandrinenstrasse u. Moritz-
Platz, nicht bekannt? Größte Auswahl in meinem extra dazu erbauten, 4 Etagen hohen Fabrikgebäude. Empfehlenswerte Einkaufs-
quelle für Brautleute. Solide und gediegene Einrichtungen für 200-300-400-500 bis 10 000 Mark stets zur Ansicht vorrätig
Verlangen Sie meinen **Prachtkatalog gratis und franco.** Coulaute Zahlungsbedingungen. **Kein Ladengeschäft.**
Verkauf direkt im Fabrikgebäude. Lagerbesichtigung erbeten ohne Kaufzwang. Lieferung frei Haus durch eigene Gespanne. Gegr. 1889.

Anzeigen für die nächste Nummer werden

in den Annahmestellen für Berlin
bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr,
in der Hauptexpedition Bonhofstr. 3
bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Reife Herrenhüte, gute Qualität,
Stück 95 Pfennig. Bessere Sachen
einem Billig. Aufschnitt, Comptoir
Kassenscheit 25A, feiner Garnir-
strafe 4 und 5. Sonntag ge-
öffnet. 1197R

Zwei Mark Bierleibend Damen-
hemden, Herrenhemden 3,00. Aus-
stattungen sowie elegante Reise-
müßer spottbillig. Wäscheabrik Wolff
Salomonstr. Stadtbahn 21, Nähe
Vollzeugschmied. 74/12

Mauerwerk vorrätig Gutgeschäft
Feldbamerstraße 61. 1249R

Gardinenreste, spottbillig, Gar-
dinen-Fabrik, Grünberg Weg 80,
partierre. Kein Laden. 1301R

Stühle billig, Stuhlfleger, Kott-
buserstraße 4. 220R

Reife Herrenhüte, gute Qualität,
Stück 95 Pfennig. Bessere Sachen
einem Billig. Aufschnitt, Comptoir
Kassenscheit 25A, feiner Garnir-
strafe 4 und 5. Sonntag ge-
öffnet. 1197R

Zwei Mark Bierleibend Damen-
hemden, Herrenhemden 3,00. Aus-
stattungen sowie elegante Reise-
müßer spottbillig. Wäscheabrik Wolff
Salomonstr. Stadtbahn 21, Nähe
Vollzeugschmied. 74/12

Mauerwerk vorrätig Gutgeschäft
Feldbamerstraße 61. 1249R

Gardinenreste, spottbillig, Gar-
dinen-Fabrik, Grünberg Weg 80,
partierre. Kein Laden. 1301R

Stühle billig, Stuhlfleger, Kott-
buserstraße 4. 220R

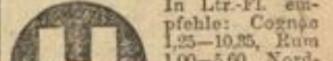
Gemeinsame Ortskrankenkasse

für Mariendorf und Umgegend.
Montag, 6. Oktober, nachmittags
6 1/2 Uhr, im Restaurant Zehaus
in Mariendorf, Feldstraße 14:
Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:
Aufstellung der für die Ergänzungswahl
vorzuschlagenden 8 Arbeit-
nehmer-Vertreter. 275/6

Es haben nur Mitglieder
der Kasse Zutritt.
Mariendorf, 22. September 1902.
Der Vorstand.

C. Schröder, erster Vorsitzender.



In Ltr.-Fl. em-
pfehle: Cognac
1,25-10,25, Rum
1,00-5,00, Nord-
häuser 0,45-1,25,
Liqueur, Eier-
cognac, Citronen-
u. Himbeersaft,
Chaussee-
strasse 55.

Port- u. Ungarweine gut u. billigst.
Carl Schindler,

Hochachtungsvoll O. Cranz. 4930R

Reste in Herrenstoffen

für Anzüge u. Winterpaletots
aus unsern Engrosbeständen
solche auch für Damen-Paletots und Kinderanzüge
spottbillig an Jedermann!!!
Sonntags auch von 8-10 und 12-2 Uhr für den
Resteverkauf geöffnet!!!
Tuchfabrik-Niederlage
Koch & Seeland,
Berlin, Ross-Strasse 2. 2222R

Frei Preuß

74a Belle-Alliancestrasse 74a, Cafe
Bergmannstrasse, empfiehlt Freunden
und Bekannten sein **Welsch- und
Bayrisch-Bierlokal** nebst
Bereinszimmer für 50 Personen. *

Dr. Simmel, Prinzenstr. 41.

Spezialarzt für 35/10*
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntag 10-12, 2-4.

Wohlfahrts-Lose!

Gewinnlotterien 100 000 M. bar.
Ziehung 4.-9. Oktober.
Lose a 3,30 M., Porto u. Liste
extra 30 Pf. 5133R
J. Rachor, Kollekteur, Mainz.

Oranienstrasse 73, 4863*

Sudolf Bartsch, zwisch. Alexandrinenstrasse u. Moritz-
Platz, nicht bekannt? Größte Auswahl in meinem extra dazu erbauten, 4 Etagen hohen Fabrikgebäude. Empfehlenswerte Einkaufs-
quelle für Brautleute. Solide und gediegene Einrichtungen für 200-300-400-500 bis 10 000 Mark stets zur Ansicht vorrätig
Verlangen Sie meinen **Prachtkatalog gratis und franco.** Coulaute Zahlungsbedingungen. **Kein Ladengeschäft.**
Verkauf direkt im Fabrikgebäude. Lagerbesichtigung erbeten ohne Kaufzwang. Lieferung frei Haus durch eigene Gespanne. Gegr. 1889.

Anzeigen für die nächste Nummer werden

in den Annahmestellen für Berlin
bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr,
in der Hauptexpedition Bonhofstr. 3
bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Reife Herrenhüte, gute Qualität,
Stück 95 Pfennig. Bessere Sachen
einem Billig. Aufschnitt, Comptoir
Kassenscheit 25A, feiner Garnir-
strafe 4 und 5. Sonntag ge-
öffnet. 1197R

Zwei Mark Bierleibend Damen-
hemden, Herrenhemden 3,00. Aus-
stattungen sowie elegante Reise-
müßer spottbillig. Wäscheabrik Wolff
Salomonstr. Stadtbahn 21, Nähe
Vollzeugschmied. 74/12

Mauerwerk vorrätig Gutgeschäft
Feldbamerstraße 61. 1249R

Gardinenreste, spottbillig, Gar-
dinen-Fabrik, Grünberg Weg 80,
partierre. Kein Laden. 1301R

Stühle billig, Stuhlfleger, Kott-
buserstraße 4. 220R

Reife Herrenhüte, gute Qualität,
Stück 95 Pfennig. Bessere Sachen
einem Billig. Aufschnitt, Comptoir
Kassenscheit 25A, feiner Garnir-
strafe 4 und 5. Sonntag ge-
öffnet. 1197R

Zwei Mark Bierleibend Damen-
hemden, Herrenhemden 3,00. Aus-
stattungen sowie elegante Reise-
müßer spottbillig. Wäscheabrik Wolff
Salomonstr. Stadtbahn 21, Nähe
Vollzeugschmied. 74/12

Mauerwerk vorrätig Gutgeschäft
Feldbamerstraße 61. 1249R

Gardinenreste, spottbillig, Gar-
dinen-Fabrik, Grünberg Weg 80,
partierre. Kein Laden. 1301R

Stühle billig, Stuhlfleger, Kott-
buserstraße 4. 220R

Reife Herrenhüte, gute Qualität,
Stück 95 Pfennig. Bessere Sachen
einem Billig. Aufschnitt, Comptoir
Kassenscheit 25A, feiner Garnir-
strafe 4 und 5. Sonntag ge-
öffnet. 1197R

Zwei Mark Bierleibend Damen-
hemden, Herrenhemden 3,00. Aus-
stattungen sowie elegante Reise-
müßer spottbillig. Wäscheabrik Wolff
Salomonstr. Stadtbahn 21, Nähe
Vollzeugschmied. 74/12

Mauerwerk vorrätig Gutgeschäft
Feldbamerstraße 61. 1249R

Gardinenreste, spottbillig, Gar-
dinen-Fabrik, Grünberg Weg 80,
partierre. Kein Laden. 1301R

Stühle billig, Stuhlfleger, Kott-
buserstraße 4. 220R

Reife Herrenhüte, gute Qualität,
Stück 95 Pfennig. Bessere Sachen
einem Billig. Aufschnitt, Comptoir
Kassenscheit 25A, feiner Garnir-
strafe 4 und 5. Sonntag ge-
öffnet. 1197R

Zwei Mark Bierleibend Damen-
hemden, Herrenhemden 3,00. Aus-
stattungen sowie elegante Reise-
müßer spottbillig. Wäscheabrik Wolff
Salomonstr. Stadtbahn 21, Nähe
Vollzeugschmied. 74/12

Mauerwerk vorrätig Gutgeschäft
Feldbamerstraße 61. 1249R

Gardinenreste, spottbillig, Gar-
dinen-Fabrik, Grünberg Weg 80,
partierre. Kein Laden. 1301R

Stühle billig, Stuhlfleger, Kott-
buserstraße 4. 220R

Reife Herrenhüte, gute Qualität,
Stück 95 Pfennig. Bessere Sachen
einem Billig. Aufschnitt, Comptoir
Kassenscheit 25A, feiner Garnir-
strafe 4 und 5. Sonntag ge-
öffnet. 1197R

Zwei Mark Bierleibend Damen-
hemden, Herrenhemden 3,00. Aus-
stattungen sowie elegante Reise-
müßer spottbillig. Wäscheabrik Wolff
Salomonstr. Stadtbahn 21, Nähe
Vollzeugschmied. 74/12

Mauerwerk vorrätig Gutgeschäft
Feldbamerstraße 61. 1249R

Gardinenreste, spottbillig, Gar-
dinen-Fabrik, Grünberg Weg 80,
partierre. Kein Laden. 1301R

Stühle billig, Stuhlfleger, Kott-
buserstraße 4. 220R

Reife Herrenhüte, gute Qualität,
Stück 95 Pfennig. Bessere Sachen
einem Billig. Aufschnitt, Comptoir
Kassenscheit 25A, feiner Garnir-
strafe 4 und 5. Sonntag ge-
öffnet. 1197R

Zwei Mark Bierleibend Damen-
hemden, Herrenhemden 3,00. Aus-
stattungen sowie elegante Reise-
müßer spottbillig. Wäscheabrik Wolff
Salomonstr. Stadtbahn 21, Nähe
Vollzeugschmied. 74/12